

Kontaktadresse:  
Henning Jäkel  
Joachim-Becher-Str. 8  
6000 Frankfurt/M. 1  
Tel. 069 / 565 234

## Inhalt

- 3.10. – Wer hat  
Grund zum feiern? Seite 3
- Schweden nach  
den Wahlen Seite 9
- Wohnungsnot Seite 12

# VORWORT

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 134 – Oktober 1991

80 Pfg. – Solidaritätspreis: 2,- DM

## Asylbewerber als Sündenbock

Ist das „Boot voll“?  
Die derzeitigen Zuwanderungszahlen stellen kein wirkliches Problem dar. 1973 lebten in der alten BRD 4 Millionen Ausländer, heute leben im größeren Deutschland 4,9 Millionen. Und nebenbei bemerkt: Von 1945 bis 1950 integrierte Westdeutschland 14 Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten ohne größere Schwierigkeiten.

Platzmangel ist also kein Problem, solange nicht hirnlose Bürokraten soziale Brennpunkte wie in Hoyerswerda schaffen. Man könnte fast denken, dass es einen bewußten Plan für die Schaffung von Konflikten gibt, indem kleine Kommunen mit der Unterbringung von Asylbewerbern hoffnungslos überfordert werden.

### Marktwirtschaft versagt

Die eigentlichen Probleme sind Arbeitslosigkeit, soziale Not und Wohl-

standsmangel. Aber jeder Flüchtling könnte produktive Arbeit leisten und somit nicht nur für seinen eigenen Unterhalt sorgen, sondern auch zum Allgemeinwohl beitragen – wenn man ihn nur lassen würde.

Das Problem besteht darin, daß die angeblich „soziale“ Marktwirtschaft nicht für Arbeit und Wohnungen für alle sorgen kann, weil die Profitinteressen der Banken, Großkonzerne und Immobilienpekulanten an erster Stelle stehen. Ihnen werden noch Steuerergänze gemacht, während die „kleinen Leute“ immer weiter draufzahlen.

### Sollen etwa

alle herkommen?

Natürlich nicht, keiner soll gezwungen sein, seine Heimat zu verlassen. Die Fluchtursachen – Hunger, Arbeitslosigkeit, Kriege, Umweltkatastrophen und Unterdrückung – sind Produkte der weltweit gnadenlos regierenden Gesetze der Marktwirtschaft. Die einzi-

ge Lösung ist die Entmachtung der Konzerne und Banken und der Aufbau einer weltweit demokratisch geplanten Wirtschaft, die die vorhandenen Möglichkeiten (industrielle Kapazitäten des Westens, Agrarüberschüsse) im Interesse der arbeitenden Bevölkerung nutzt.

### Gemeinsam kämpfen!

Die SPD-Führung beugt sich dem Druck der CDU/CSU. Diese Anpassung wird den Ausländerhaß nur weiter fördern und nutzt nur den Rechten. Wir fordern die SPD und die Gewerkschaften auf, alle Ausländer, egal aus welchen Gründen sie hierherkommen, offensiv zu verteidigen. Sie müssen gegen jede Spaltung und für die volle rechtliche Gleichstellung von Ausländern und Deutschen eintreten. Dies muß mit einem Programm für Arbeit und Wohnungen für alle verbunden werden.  
Ulf Petersen, Köln  
Jungsozialist

# gegen

# Kohl – nicht gegen

Seit Monaten schon wird von führenden Politikern der CDU/CSU systematisch eine Hysterie wegen der angeblichen „Asylantenschwemme“ geschürt. Sie wollen die Wut auf Ausländer als Ventil nutzen, damit sie unbehelligt weitere Angriffe auf unseren Geldbeutel durchführen können.

# Ausländer!

## UDSSR

## Siegeszug des Kapitalismus?

Der fehlgeschlagene Putsch ist ein entscheidender Wendepunkt für den Zerfall des Stalinismus in der Sowjetunion und weltweit. Selbst die Putschisten hatten nicht etwa die Wiederherstellung der Planwirtschaft zum Ziel, sondern die diktatorisch kontrollierte Einführung des Kapitalismus.

Kein Flügel der sowjetischen Oberschicht setzt noch auf die alten Methoden der bürokratisch geplanten Wirtschaft, um seine Macht und Privilegien zu sichern.

Jetzt hat der kapitalistische Westen eindeutig die Vormachtstellung gewonnen. Die UdSSR läßt Kuba und Afghanistan fallen und wird mit jedem Schritt in Richtung Kapitalismus auch einen Schritt in Richtung Barbarei machen. Doch der Zusammenbruch des Stalinismus löst keines der Probleme des Kapitalismus. Die Verarmung der „3. Welt“ und die Verschuldung der Industriestaaten sind Vorzeichen zukünftiger tiefer Krisen der Weltwirtschaft. Der Ost-West-Gegensatz hat Konflikte zwischen kapitalistischen Ländern begrenzt, jetzt werden sie mit zunehmender Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärker hervortreten. Der Versuch der Wiederherstellung des Kapitalismus

Massenbewegungen, Diktaturen und Bürgerkriege.  
Ist nun in der Sowjetunion der Sozialismus gescheitert? Die Arbeiter Russlands hatten mit der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 die Macht erobert und anfangs eine wirkliche Arbeiterdemokratie errichtet. Weil die Revolution aber in einem rückständigen, von Kriegen erschütterten Land isoliert blieb, konnte eine neuentstehende Bürokratie ihre Stellung festigen und schließlich unter Stalin die Arbeiterklasse politisch entmachten.

Verstaatlichung und Planung der Wirtschaft ohne die volle demokratische Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung ist jedoch kein Sozialismus. Die Länder, in denen zwar der Kapitalismus abgeschafft wurde (z.B. UdSSR, China, frühere DDR), wo aber eine privilegierte Bürokratenkaste die arbeitende Bevölkerung unterdrückt, sind nicht sozialistische, sondern stalinistische Staaten.

Die Entwicklung von völliger Rückständigkeit zu einer modernen Industrialisation kommt in der UdSSR erreicht werden – trotz der Mißbräuche und monströsen Verbrechen der Bürokratie. Darin zeigte sich das Potential, das in einer geplanten Wirtschaft steckt. Kapitalismus funktioniert auch pri-

ma unter einer Diktatur – wie z.B. in Chile unter Pinochet. Planwirtschaft dagegen kann auf Dauer nur demokratisch durch die Arbeiter selbst organisiert funktionieren. Das allerdings würde die Bürokratie überflüssig machen. Schon der russische Revolutionär Trotzki, der gegen Stalin und die sowjetische Bürokratie gekämpft hat, hatte darin die Perspektive, daß die Bürokratie entweder von einer Revolution der Arbeiterklasse gestürzt wird, oder daß sie irgendwann versucht, zum Kapitalismus zurückzukehren.

Heute benutzt die Bürokratie die Illusionen der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in die Marktwirtschaft, um ihre Haut durch die Rückkehr zum Kapitalismus zu retten. Wie weit diese Entwicklung gehen wird, hängt davon ab, wann die Arbeiter wieder in die Offensive gehen und selbst um die Macht in der Gesellschaft kämpfen.

### Fortsetzung

auf Seite

→ Aktuelle Entwicklungen  
und Perspektiven für die  
Sowjetunion

→ Jugoslawien und Polen



Kampf gegen Neofaschisten – siehe Seiten 4 und 5

# Hintergrund

## Bundeswehr

# Fünfzig Milliarden - Wofür?

Die Ausbilder in den Kasernen sind unsicher. Bis vor kurzem konnten sie die Notwendigkeit für die Bundeswehr leicht erklären: „In der DDR existiert die Nationale Volksarmee und die anderen Ostblockstaaten sind auch bis an die Zähne bewaffnet - sie lauern nur auf einen günstigen Augenblick, um sich den freien Westen einzuverleiben“. Seit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Stalinismus gelten diese Argumente nicht mehr. Warum leisten sich die Regierenden dann den Luxus, für über 50 Milliarden DM im Jahr eine Armee zu halten, wo sie doch täglich über leere Staatskassen jammern?

Nach der Vereinigung ist Deutschland zu einem „normalen“ kapitalistischen Land geworden. Bisher hatten alle Westmächte ein Interesse an stabilen Verhältnissen in der BRD. Wegen der Nähe zum Ostblock ließen sie sich das einigiges kosten: Marshall-Plan, Besatzungstruppen, geringe Reparationen. Die Zeiten haben sich geändert:

West-Deutschland ist kein Hätschekind der West-Alliierten mehr. Das deutsche Kapital muß sich aus eigener Kraft behaupten.

Welche Aufgabe der Bundeswehr heute zufallen soll, sehen wir erstmals im Golfkrieg: wirtschaftliche Interessen waren gefährdet. Mit militärischen Mitteln sicherte der Westen die Kontrolle

über die Öfelder. Die Propaganda zur Mitwirkung der Bundeswehr ist noch in guter Erinnerung. Sie soll weltweit für wirtschaftliche und politische Interessen eingesetzt werden können.

Da es die Sowjet-Union als Hauptfeind des Westens praktisch nicht mehr gibt, können die Interessen einzelner Kapitalisten-Gruppen heute eher als in Zeiten des „kalten Krieges“ mit Waffengewalt gesichert werden. Dafür braucht das deutsche Kapital eine Armee: die Bundeswehr.

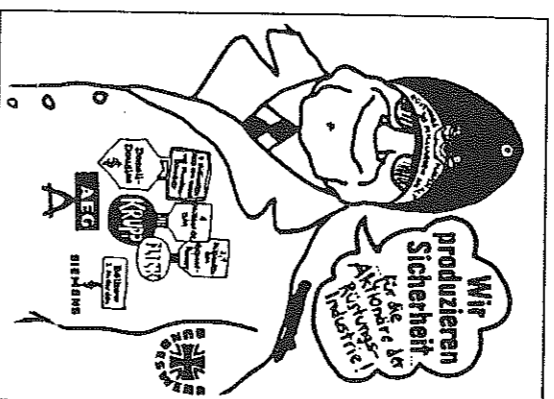
Immer häufiger wird eine Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee gefordert. Eine Verringerung der ohnehin geringen Kontrollierbarkeit wäre die Folge. Söldner-Mentalität der Soldaten mit eigenem, von der Masse der Bevölkerung abgehobenem Interesse entsteht und würde die Bildung ei-

nes „Staates im Staate“ fördern. Stattdessen sind radikale Verkleinerung, demokratische Kontrolle und gewerkschaftliche Rechte für die Bundeswehrangehörigen die richtigen Forderungen.

### „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“

Regierung und Bürgertum starten immer wieder neue Versuche, die Bevölkerung an alseitige Zuständigkeit und internationale Einsätze der Bundeswehr zu gewöhnen: Mänsucher am Golf, Einsätze im irakischen Kurdengebiet, anhaltende Diskussion über sog. Blauhelm-Einsätze und nicht zuletzt das Beiseln bei der „Kaiser-Überbretung“ in Potsdam. Jüngst bot Kanzler Kohl sogar an, die Bundesregierung wäre bereit, eine Führungsrolle bei einer europäischen Friedenstruppe zu spielen. Allerdings trauen ihm nicht einmal seine Regierungskollegen aus dem benachbarten Ausland und vernünftigen verstaute Vorherrschts-Schneidung im Europa-Verband.

Die dumme antikomunistische Propaganda der vergangenen Jahre



## Betritt: Umweltvernichtung Stoppt die LKW-Lawine!

„Die Eisenbahn ist nicht dazu da, ökologische Strukturpolitik zu machen.“ Das stammt nicht etwa aus dem Munde eines Lobbyisten der Autoindustrie, sondern vom Chef der deutschen Bundesbahn, ex-AEG-Chef Heinz Dürr.

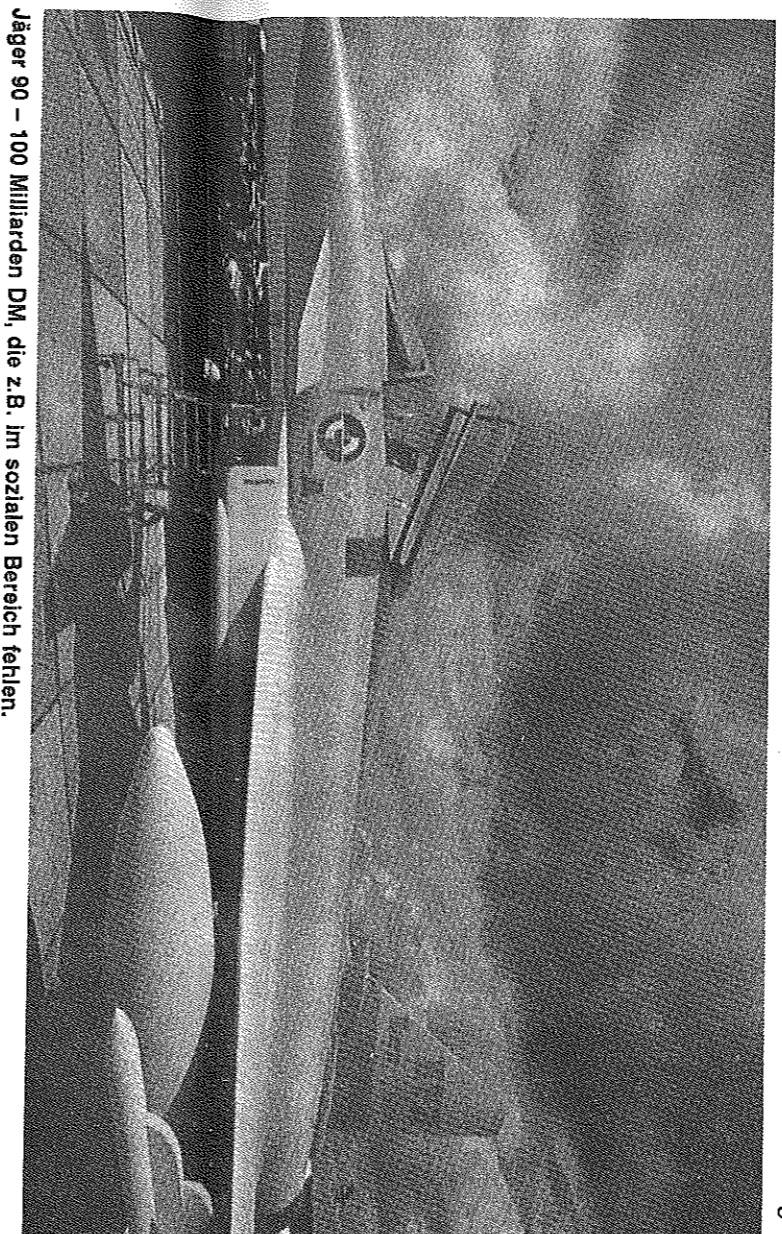
Sein „Gesundheitsuntersuchungsprotokoll“ wird den Trend weg von der Schiene zur Straße verstärken. Beispiel Güterverkehr: nur 21,6% der Güter werden heute noch mit der Bahn transportiert, verglichen mit 31% 1968. Sehr massiv sind die Folgen des steigenden LKW-Verkehrs im europäischen Transitland Österreich zu spüren. Im folgenden drucken wir einen Artikel der österreichischen marxistischen Zeitung „Vorwärts“ zu diesem Thema ab.

### Transithölle

Tommen von Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffen, Stickoxiden und Bleiblasten die Auspuffrohre Jahr für Jahr in die Luft der Transitstrassen durch Österreich.

Beispiel Tirol. Die chemischen Namen sagen wenig aus. Aber die Folgen für die Menschen sind drastisch: Lungenerkrankungen, Schlaf- und Konzentrationsstörungen und viele Krankheiten nehmen zu, der Verbrauch von Nikotin und Medikamenten erhöht sich. Die Umwelt stirbt. In Tirol sind bereits 42% des Schutzwaldes sichtbar geschädigt, mehr als 2% sind tot.

Die Alpenregionen sind zum Durchzugskorridor der EG-Staaten geworden. 96% der LKWs auf Tirols Straßen sind nur auf der Durchreise. Realer Kapitalismus in der EG heißt: Produziert wird dort, wo es weniger Umweltauflagen, billige Arbeitskräfte und hohe Subventionen gibt. Die Fertigung eines Produktes wird auf mehrere Standorte



Jäger 90 - 100 Milliarden DM, die z.B. im sozialen Bereich fehlen.



## Buchbesprechung

Hildegard Hamm-Brücher, „Der freie Volksvertreter - eine Legende?“ Piper-Verlag, 360 Seiten, 17,80 DM

Wer glaubt, er wähle seinen Abgeordneten, damit dieser sich dann im Parlament sachkundig machen, Gesetze erarbeiten, jederzeit das Wort ergreifen, die Regierung zur Rede stellen und zum Wohle des Wahlvolkes kontrollieren kann, dem sei diese Dokumentation der nach über 40 Jahren Abgeordneten-tätigkeit dienstältesten Parlamentarierin der Republik empfohlen.

„Der Abgeordnete durchschaut nur nur noch einen Bruchteil des Geschehens, er wertet fleißig in seinem Fachbereich ... Er kann außerhalb des eigenen Reverses ohnehin nichts ändern und in seinem eigenen meist auch nur wenig“ meint die FDP-Politikerin. Sie bestätigt die Aussage, daß „der Abgeordnete in 90% der Abstimmungen, die in einer Woche laufen, nicht einmal weiß, worum es geht.“

Der Regierung, der Ministerialbürokratie mit ihren vielfachen Verbindungen zu Wirtschaft und Industrie, den Heerscharen von Beamten, ist der Parlamentarier selbst bei gutem Willen, der nicht immer vorausgesetzt werden kann, hoffungslos unterlegen. Vor 1983 gingen 80% aller Gesetzesinitiativen von der Regierung, und nicht vom Parlament aus; danach (mit dem Einzug der Grünen) immerhin noch 61%. Ein Bundestag-abgeordneter darf zwei mündliche Anfragen pro Sitzungswoche stellen

und vier schriftliche Anfragen im Monat einreichen - das muß reichen. Er kann ohne Mehrheitsbeschluß keine Minister herbeizitiieren. Die Ausschüsse tagen nicht-öffentlich; daran nehmen oft mehr Regierungsvertreter als Abgeordnete teil, so daß den Parlamentarier dort schon die rechte Sichtweise der Dinge beigebracht wird.

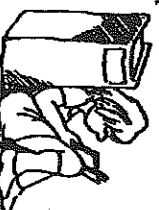
Den Rest besorgen die Fraktionsführungen. Denn der „Abgeordnete erhält in der parlamentarischen Wirklichkeit seine Aufträge und Weisungen von seiner Fraktion. Fraktionsordnungen, Geschäftsordnungen, Funktionssträger und Apparate sorgen dafür, daß dieses System funktioniert.“ Hamm-Brücher ermittelte, daß in der Legislaturperiode 1984-89 rund 65% der Abgeordneten nur ein- bis zweimal jährlich zum Rednerpult vorgedungen sind, während 4% (das sind 22 Mdts) bis zu fünfzigmal reden - das sind natürlich die Oberhauptlinge der Fraktionen. Sie legen Tagesordnung, Zeit, Art, Umfang und Teilnehmer der Debatten fest. Die Abgeordneten kommen „nur über die vorher von den Fraktionen eingereichten Rednerlisten zu Wort und dürfen sich zwischen 5 und 10 Minuten äußern. Freie Wortmeldungen“ sind in der Parlamentspraxis nicht möglich.“ Was passiert, wenn man es trotzdem versucht, dokumentiert Hamm-Brücher an mehreren

Auszügen aus dem Bundestagsprotokoll.

Da Hamm-Brücher trotzdem an das Gute im System glaubt, gründete sie 1984 eine „Intraktionelle Initiativ-Parlamentsreform“ und bemühte sich, zusammen mit unzufriedenen Abgeordneten aller Fraktionen, jahrelang um kleinste Reformchen, immer wieder blockiert durch Regierung und Fraktionspitzen. Die Ergebnisse, in Buch dokumentiert, sind auch nach ihrer Einschätzung mehr als mager. Doch zu anderen Schlussfolgerungen als zur Empfehlung des weltweiten „Breiter-bohrers“ mag sie sich als echte Liberale nicht durchringen. Die Thelfrage des Buches kann man jedenfalls konsequenterweise nur mit einem Karren „ja“ beantworten.

Auch dem, der schon immer ahnte, daß es mit der parlamentarischen Kontrolle nicht allzu weit her sein kann, dient die detaillierte Faktensammlung als eindringliches Beweismaterial. So ganz nebenbei liefert das Buch auch eine Chronik der Skandale: von der Flick-Spendenaffäre über Barschels Beraterverträge zu den Verdächtigungen mit der Rüstungslobby.

Angela Banker, Köln  
Jungsozialistin



## VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlich: Redakteur: Hans-Cerd Öfinger.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 13 45 04, Fax 02 21 / 13 72 80.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgromant Essen, BIZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

zehne wird ersetzt durch das dauernde Gerade von der „gewachsenen Verantwortung Deutschlands“ In der Welt, womit die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Kapitals in der Welt gemeint sind. Sie sollen notfalls mit Militärgewalt gesichert werden können.

Dem Ausbilder in den Kasernen wird es nicht so leicht fallen, die wirtschaftlichen Interessen des Groß-Kapitals als Begründung für die Notwendigkeit der Bundeswehr publikumswirksam zu verkaufen. Das muß erst neu lernen.

Herrmann Blank, Köln

# Aktuelles

## 3. Oktober - Jahrestag der Wiedervereinigung

# Wer hat Grund zum feiern?

Trifft ein Ossi einen Wessi und sagt: „Wir sind ein Volk.“ Sagt der Wessi: „Wir auch.“

Wer mag heute nach einem Jahr formeller Vereinigung das Gegenteil behaupten? Die schönen Worte zum Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober helfen da auch nicht weiter.

Niemand will das Rad der Geschichte zurückdrehen, aber was waren die Ziele der revolutionären Bewegung von Herbst 1989 in der damaligen DDR? Die Menschen und vor allem die Jugend sind für „Freiheit und Demokratie“ auf die Straße gegangen. Für Demokratie in seiner ursprünglichen Bedeutung - Herrschaft des Volkes (aus dem Griechischen).

Das alte System von sozialistischer Herrschaft und Unterdrückung wurde gestürzt. Im Westen hatten wir damals - das ist gerade mal zwei Jahre her - diese Bewegung verfolgt und begeistert Anteil genommen.

Es gab jedoch keine Kraft, die eine wirkliche sozialistische Alternative zum Sozialismus anbieten konnte. Übrig blieb die offenbar „blühende und soziale“ Marktwirtschaft der BRD als einzige Alternative. Dies konnten die Herrschenden der BRD ausnutzen, um ihre Interessen durchzusetzen. Es ging ihnen und ihren politischen Handlangern vor allem darum, politische Stabilität um jeden Preis zu erreichen.

Die Revolution in der DDR war ihnen ganz und gar nicht genehm, auch wenn sie sie zur anti-sozialistischen Propaganda nutzten. Massen auf der Straße, die binnen weniger Wochen unter dem Schlachtruf „Wir sind das Volk“ mehrere Regierungen und ein für stabil gehaltenes

springen und Schule machen können. Deswegen mußte die DDR-Revolution so schnell wie möglich in „sichere Bahnen“ kanalisiert werden. Die vorher so hochgelobten „Revolutionäre der ersten Stunde“ wurden an den Rand gedrängt und isoliert.

Die Übernahme durch den Westen konnte am dritten Oktober 1990 nur erfolgreich vollendet werden, indem immense Hoffnungen im Osten geweckt wurden.

### „Keinem wird es schlechter gehen“ (Kohl)

Angesichts hätte kein Mensch das Ausmaß der Probleme in der früheren

DDR voraussehen können. Dies ist entweder Lüge, Selbsttäuschung oder blanke Inkompetenz. Im März 1990 schrieben wir in VORAN:

„Was würde die schnelle Einführung einer Währungsunion bedeuten? Steigende Preise, selbst beim Umtausch von 1:1. DDR-Bürger würden überwiegend westliche Waren einkaufen, sei es durch direkten Kauf in der BRD oder westliche Warenangebote in der DDR, wesentliche Unternehmen hätten ja dann einen Absatzmarkt in der DDR-Lohnniveau, jedoch rasch ein westliches Preisniveau. - Betriebsstilllegungen und Massenarbeitslosigkeit. DDR-Betriebe wären sofort der direkten Konkurrenz westlicher Unternehmen ausgesetzt. Das Produktivitätsniveau liegt durchschnittlich bei rund 40% des BRD-Niveaus. Vorsichtige Schätzungen westlicher Experten gehen von 2,5 bis 3,5 Millionen Arbeitslosen aus ... das sind 1/4 bis 1/3 aller DDR-Beschäftigten. (...) Denn entge-



# Berlin: Wohnraum statt Regierungsvillen! Ohne Westlöhne keine Mieterhöhung!

Ab 1. Oktober 1991 sind sie nun fällig, die angekündigten neuen Mieten. Die Wohnungsgesellschaften, oftmals schon in Verhandlungen mit den neuen Hausbesitzern, langen dann auch kräftig zu. Bis zu 500% sind die Mieten gestiegen.

Die durchschnittliche Miete beträgt im Ostteil jetzt 6-7 DM pro m<sup>2</sup>. Das ist bald Westniveau, obwohl diese Wohnungen in viel schlechterem Zustand sind und die Löhne nur knapp 60% der Westlöhne ausmachen. Laut Umfrage muß jeder dritte Ostberliner 25-30% seines Einkommens für die Miete ausgeben - trotz Wohngeld. Für zahlreiche Ostberliner Familien bedeutet das einen tiefen Einschnitt in die durch die erhöhten Lebenshaltungskosten schon stark belasteten Haushalte. Für viele Jugendliche ist der Traum von einer eigenen Wohnung in weite Ferne gerückt. Ein Großteil der Bevölkerung ist auf das staatliche Wohnungsgeld angewiesen. Anstatt die Mieten weiterhin zu subventionieren, wird dieser bürokratische und verschwenderische Kraftakt betrieben. Schließlich soll den zahlreichen neuen (alten) privaten Wohnungseigentümern nicht das bevorstehende Geschäft mit Wohnraum verdorben werden.

Es ist klar, daß der miserable Zustand vieler Ostberliner Wohnungen nicht durch die bisherigen Mieten be-

worben wird. Doch nicht die Mieter haben daran Schuld, sondern die jahrzehntelange Mißwirtschaft der SED-Bürokraten, die die Bausubstanz in Berlin verkommen ließen. Aber jetzt sind es wieder die Arbeiter, besonders Arbeitslose und Rentner, die dafür zahlen müssen.

Diese Mieterhöhungen waren erst der Anfang. In den nächsten Jahren

werden in ganz Berlin die Mieten emporschnellen. Nur der massive Widerstand der Mieter gegen die Pläne des Senats und Spekulanten kann diese Entwicklung verhindern. Mieterbund, Gewerkschaften und SPD müssen eine Bewegung gegen die ungerechte Mieten- und Wohnungspolitik der Kohl-Regierung organisieren.

Thomas Berger, Berlin  
Jungsozialist

Zum Thema  
Wohnungsnot und  
unser Programm  
siehe Seite 12



Wohnungssuchende in Berlin.

gen ihrer offiziellen Propaganda ist diesen Herren vollkommen klar, daß DM und Marktwirtschaft nichts „soziales“ an sich haben, sondern im Gegenteil zu enormen sozialen Problemen führen werden.“

Es folgt eine ungefähre Berechnung der Kosten der Einheit, die rund dreistellige Milliarden-Summen im Jahr ergibt. Der Artikel fährt fort:

„Alles in allem müßten also unvorstellbare Summen Richtung DDR fließen, und zwar aus den Kassen der Bundesländer-Haushalte oder der öffentlichen-rechtlichen Versicherungsträger. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, dies zu finanzieren: entweder durch enorme Ausweitung der öffentlichen Verschuldung oder durch Abwälzen dieser Lasten durch alle möglichen „Sondersteuern und Sondersteuern auf die Masse der Beschäftigten in der BRD.“

„Massenarbeitslosigkeit in ganz Deutschland von 5-6 Millionen, Inflation und Angriffe auf soziale Errungenschaften bisher nicht gekannten Ausmaßes - das wäre das Szenario, das sich aus einer schnellen Währungsunion ergeben würde.“ (...) Dies war eine ziemlich exakte Prognose der Entwicklung der letzten anderthalb Jahre.

Der dritte Oktober 1990 erntete nicht ein Volk, sondern diente dazu, die Macht und die Interessen der Unternehmer zu sichern. Die Unternehmen, die ihr Geschäft mit der Einheit ma-



## Dafür kämpft VORAN:

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuererprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhnen im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Verhütungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost- und West; Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Beschäftigten, 1/3 Vertreter von Gewerkschaften und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeitervon.
- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

zialpartnerschaft im Westen oder „Runde Tische“ im Osten, beides dient nicht dazu, die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen und durchzusetzen. Wirtschaftliche Krise im Osten und Angriffe auf den Lebensstandard im Westen können nur verhindert werden, wenn Gewerkschaften und SPD die Beschäftigten in Ost und West zusammenführen und den Kampf gegen ihre gemeinsamen Gegner - die Kohl-Regierung und die Unternehmer - organisieren.

Carsten Becker, Köln  
Jungsozialist



# Jugend für Sozialismus . . .

## Kassel

# Umwelt-Zeitbombe entdeckt

Vor sechs Jahren schloß der ENKA-Konzern sein Kasserler Werk. Weil es nicht mehr profitabel genug erschien, kamen Hunderte von Arbeitsplätzen unter das Messer.

Damals kämpften die Kollegen bis zum Letzten um ihre Jobs. Bis hin zu Hungerstreiks tobte ein langer, über die Kasseler Grenzen hinaus bekanntgewordener Kampf unter der Parole „Spinnfaserverweke“ muß bleiben.“ Der Konzern ging. Was blieb waren Dutzende verschäuderter Chemikalien und Giftstoffe, die seitdem den Boden durchsetzen, wo heute ein privater Unternehmenspark und auch ein Ausbildungswerk der Post stehen.

### Akute Gefährdung

Die Jusos stellen eigene Recherchen an. Zusammen mit den Jugendvertretern der DPG (Deutschen Postgewerkschaft) und ehemaligen Mitarbeiterern der „Spina“ kamen sie zu dem Schluß, daß akute Gefahr für die auf dem Gelände Beschäftigten und letztendlich auch für das Grundwasser besteht. Die Palette der im Boden befindlichen Gifte reicht von Quecksilber über Dioxine bis möglicherweise zu „Gelbkreuz“, einer Substanz, die früher als Giftgas eingesetzt wurde. Allein ein Blick auf die Pflanzen und Bäume vor Ort reicht, um zu sehen, daß die Sache „stinkt“.

Besonders betroffen ist eine Post-Lernwerkstatt. Es ist schon länger bekannt, daß die Postler dort „umatturliche Kopfschmerzen“ haben. Dies ist kein Zufall. Denn das jetzige Postgelände war früher das Chemielabor der ENKA-Werke - jetzt nur noch „Giftküche“ genannt.

Notwendig ist offensichtlich, der gesamten Belastung und Versauerung auf den Grund zu gehen. Doch passiert ist bisher wenig. Nach über sechs Jahren, in denen viele Hinweise von ehemaligen Beschäftigten gegeben wurden, hat man gerade mal vor kurzem mit einer Auswertung der Unternehmensgeschichte angefangen. Außerdem wurden Luftbildaufnahmen angefertigt, das erste Stadium jeder Untersuchung von verdächtigen Grundstücken. Den ENKA-Bossen, die eigentlich für alle Gefährdungen verantwortlich sind, wurde jetzt auf die Bevölkerung zukommen, wurde gestärkt, alle wichtigen Akten abzutransportieren und sich ungestört in ihrer Wuppertaler Zentrale über neue jährliche Milliongewinne zu freuen. Bis heute fahren sie sogar noch weitere dioxinhaltige Abfallschlämme

auf eine reguläre Müllkippe in der Gegend von Kassel.

### Jusos und DPG machen Druck

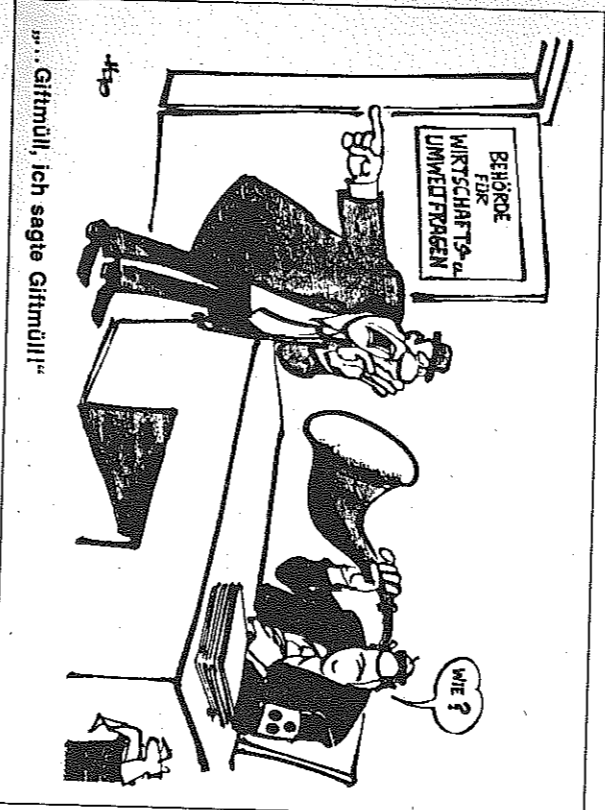
Die Kasseler Jusos fordern jetzt, daß der SPD-geführte Magistrat die Schuldigen an der Vergiftung dringfest macht. Gleichzeitig fordern wir, daß der Magistrat eigene Schritte unternimmt: sofortige Bodenproben, Erstellung eines Sanierungskonzeptes und die Beteiligung der Betroffenen und ihrer Gewerkschaften. Der notwendige Druck kann mit Unterstützung von unten gemacht werden. Die SPD könnte der Betroffenheit und dem Unmut eine politische Spitze verleihen, würde sie die generelle Forderung nach öffentlicher Kontrolle aller chemischen Produktion und bei Verstößen noch die Forderung nach Überführung in Gemeineigentum aufstellen. Dazu muß sie aber über eine offene Informa-

tionspolitik das Vertrauen der Bevölkerung und der Betroffenen gewinnen.

### Kein Grund zur Beunruhigung?

Eine Anfrage der Jusos an den Magistrat vor allem zur Frage der Veröffentlichung aller Daten wurde nach 3 1/2 Monaten und viel Nachfragen beantwortet. Es heißt, daß die „Erkenntnis aus den neuesten Untersuchungen“ zu gegebener Zeit in der örtlichen Presse veröffentlicht werden. Und die Untersuchung selbst? Auf unsere Nachfrage bekamen wir zu hören, wir dürften sie nicht einsehen, da die Ergebnisse erst einmal „interpretiert“ werden müßten.

Bei der Postgewerkschaft und den Jusos haben die SPD-Vertreter im Stadtparlament bisher nicht viel Vertrauen gewonnen. Oliver Schulz, Kassel Jungsocialist



„... Giftmüll, ich sagte Giftmüll!“

# Upton Sinclair Eine literarische Abrechnung mit dem Kapitalismus

Der amerikanische Sozialist Upton Sinclair ist ein herausragender Vertreter der von US-Präsident Roosevelt abfällig „Muckrakers“ (Schlammwühler) genannten Schriftsteller, die ihre Romane und Artikel als Waffe gegen Ausbeutung, Korruption und Unterdrückung einsetzen. Geprägt vom bereits seit Anfang des Jahrhunderts in den USA herrschenden Monopolkapitalismus, aber auch von der neu entstehenden amerikanischen Arbeiterbewegung, verarbeitet Sinclair in seinen Werken immer wieder aktuelle Ereignisse. Wie heute Günter Wallraff mische er sich 1905 unter die Arbeiter der gigantischen Schlachthöfe in Chicago. Im Roman „Der Deuchungel“ wird der äußere Lebensweg und die innere Entwicklung eines Einwanderers von unpolitischen Arbeiter zum Sozialisten geschildert. Nebenbei lernt der Leser die marxistische Erklärung zu Ausbeutung, Massenarbeitslosigkeit, Überproduktionskrisen und Klassenkampf kennen.

Den Weg des Henry Ford vom humanistischen Erfinder zum graden Kapitalisten und Antisemiten schildert der Roman „Am Fließband - Mr. Ford und sein Knecht Shutt“. Dieses Buch galt als Bibel der US-Automobilarbeiter und diente den neuentstandenen Gewerkschaften oft als Argumentationshilfe in Diskussionen.

Der Einfluß des 1. Weltkrieges, dessen imperialistischen Charakter Sinclair selbst erst spät erkannte, und der Oktoberrevolution in Russland auf die amerikanischen Arbeiter ist Thema des Arbeiterromans „Jimmae Higgins“. Dieses Buch gibt Einblick in die alltägliche politische Arbeit eines aktiven Sozialisten, der, obwohl anfangs Kriegstreiwilliger, Arbeiterdemonstration in New York 1922.



Der Einfluß des 1. Weltkrieges, dessen imperialistischen Charakter Sinclair selbst erst spät erkannte, und der Oktoberrevolution in Russland auf die amerikanischen Arbeiter ist Thema des Arbeiterromans „Jimmae Higgins“. Dieses Buch gibt Einblick in die alltägliche politische Arbeit eines aktiven Sozialisten, der, obwohl anfangs Kriegstreiwilliger, Arbeiterdemonstration in New York 1922.

später zum Märtyrer für die Bolschewiki wird, als US-Truppen versuchen, die UdSSR anzugreifen. Gut werden auch die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung von liberalen Sozialdemokraten bis zu radikalen Anarchisten dargestellt.

Gerade vor dem Hintergrund des Golfkrieges ist der Roman „Oil“ aktuell, der unter dem Titel „Petroleum“ in der Weimarer Republik ein Bestseller war. Der Konkurrenzkampf der Ölbarone vor dem Hintergrund des weltweiten Kampfes zwischen Imperialismus und organisierter Arbeiterbewegung ist Gegenstand des Buches.

In allen seinen Werken stellt Sinclair Charaktere wie den Klassenbewußten Arbeiter oder den korrupten Fabrikbesitzer vor dem Hintergrund tatsächlicher Ereignisse in der Arbeiterbewegung dar. Trotz aller Sympathie für die Sowjetunion, deren stalinistische Entartung er später anklagte, gehörte Sinclair zum gemäßigten Flügel der amerikanischen Sozialisten. Er hoffte eher auf die Macht der Vermunft auch bei der herrschenden Klasse als auf eine Revolution. Lenin nannte Sinclair daher auch „einen Gefühlssozialisten... in seinem Appell, obgleich dieser Appell im tiefsten Grunde richtig ist.“

Taschenbuchausgaben von „Am Fließband“, „Der Deuchungel“ und „Oil“ beim Rowohlt Verlag erhältlich. Alle Bücher gibt es auch in jeder größeren Leihbücherei. Nick Brauns, München Jungsocialist

# Nigerianische Studentenfürer in Haft Ein Hilferuf aus dem Gefängnis

Von einer Militärdiktatur ist nie ein rechnerisches Verfahren zu erwarten: Die vier Studentenfürer der Studentengewerkschaft (Great OAU Student's Union) in Ife, die fälschlich unter Anklage der Verschwörung zum Mord stehen (siehe VORAN Nr. 133), werden im Gefängnis mishandelt und gefoltert. Sollten sie verurteilt werden, droht ihnen die Todesstrafe. Es ist in nigerianischen Gefängnissen allerdings leider nicht ausgeschlossen, daß Inhaftierte noch vor dem Prozeß an den Folgen der Mishandlungen und Folter sterben.

Die vier Gefangenen, Adola Soesan, Abass Ayodeji, Anthony Fisojo und Wasiu Afolabi, schicken einen Hilferuf aus dem Gefängnis: Ihre Gesundheit verschlechtert sich dramatisch, da sie bei jeder „Befragung“ mishandelt werden, nichts zu Essen bekommen und in der Kälte nachts auf dem blanken Boden schlafen müssen. Obwohl bei einer Gegenüberstellung mit Augenzeugen des tödlichen Zwischenfalls ihre Unschuld bezeugt wurde, werden sie weiterhin festgehalten und gefoltert. In Wirklichkeit werden sie für ihre Opposition zur Regierung, ihren Kampf für bessere Lebens- und Studienbedingungen und für ihren Einsatz für die Wiedererrichtung der verbotenen Nationalen Vereinigung nigerianischer Studenten (NANS) inhaftiert und gefoltert. Sie schreiben: „Wir rufen alle Nigerianer, die nigerianische Jugend, die Studenten, die Arbeiter, die Intellektuellen und Fachleute auf, bei der

Sofortige Hilfsmaßnahmen sind notwendig. Der Prozeß gegen die Vier hat im August begonnen. Schickt Protestbriefe von SPD- und Gewerkschaftsunterstützungen und von Schülern und Studentenorganisationen an: Botschaft von Nigeria, Goldbergweg 13, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/322071. Schickt bitte Kopien an die Redaktion. Wiebke Möbius, Köln Jungsocialistin

# Faschisten-Aufmarsch in Bayreuth

Am 17. August jährte sich der Todestag von Rudolf Hees, dem Hitlerstellvertreter und verurteilten Kriegsverbrecher. Verschiedenste faschistische Parteien und Organisationen (FAP Nationale Alternative, NF u.a.) riefen in Wunsiedel, wo ihr „Märtyrer für Deutschland“ begraben ist, zu einem Gedenkmarsch für Hees auf. Dieser Faschistenaufmarsch sollte verhindert werden.

Wunsiedel hat für Nazis eine besondere Bedeutung. Die seit vier Jahren stattfindenden Demos bezwecken erstens, den zerstörtesten Parteien des Rechtsextremismus eine gemeinsame Pilgerstätte, also einen gemeinsamen Identifikationspunkt zu geben, und zweitens soll in Wunsiedel eine öffentlich wirksame Stärke demonstriert werden - ein Schritt zur „Eroberung der Straße“ bundesweit.

Dieses Vorhaben der Nazis sollte durchkreuzt werden. Bundesweit wurde von antifaschistischen Gruppen gegen den Faschistenaufmarsch mobilisiert. Das erhoffte breite Bündnis trat sich allerdings nicht. Hauptsächlich autonomes Spektrum kan nach Bayreuth, wobei die Demo der Nazis als auch die Gegen-demo verlegt wurden. Die CSU-Ju-

stiz hatte alle Versammlungen in Wunsiedel verboten. Skandalös, daß Rechtsextremisten und Antifaschisten damit über einen Kamm geschert wurden! Einen Effekt gegen die Nazis hatte dieses Verbot (trotz gegenseitiger Behauptung) nicht. In Bayreuth konnte die Hees-Demo ungehindert stattfinden.

Ein großer Mangel seitens der Linken offenbarte sich. Den Bayreuther Einwohnern wurde selten klar gemacht, warum eine Demo durch ihre Stadt zog, und gleichzeitig fehlte ein geschlossenes Verhalten der AntifaschistInnen. Auf Öffentlichkeitsarbeit und politisches Programm wurde kein Wert gelegt, so daß es leider nicht gelang, Bayreuther Bevölkerung für die Demo zu gewinnen. Puck Wolf, Lübeck Jungsocialist

# Bildung im Kapitalismus

# Lernen fürs Leben - Oder für den Markt?

Die Situation an den deutschen Schulen ist gekennzeichnet durch Lehrermangel, ungenügende Ausstattung an Lehrmaterial und übermäßigen Schulstreß. Solche Zustände verwundern jedoch nicht, wenn man sich einige Folgen der Kohl-Politik im Bildungsbereich vor Augen führt: Einstellungsstopp für Lehrer, Streichung des Schülerbefähigs, Abi-Deform, Schaffung von Eliteschulen und als neuestes Ziel eine Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre. Was ist der Hintergrund für diese Angriffe?

Bildung im Kapitalismus hat grundsätzlich zwei Aufgaben: erstens die Qualifizierung der „Ware Arbeitskraft“, zweitens die Bedienung des Kapitals; zweitens die ideologische Ausrichtung der Lernenden auf die „demokratische“ und „soziale“ Marktwirtschaft.

In der „freien Marktwirtschaft“ sind die Regierungen nicht viel mehr als Handlanger der Unternehmer. Deren Profitinteressen entscheiden also letztlich darüber, wieviel Geld in die öffentliche Bildung fließt. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen bleiben Streichungen und Angriffe im Bildungswesen nicht aus. Die Streichung des Schülerbefähigs (ersparte Ausgaben: 400 Mio. DM), der Abbau von 19.000 Lehrstellen allein in NRW, die mangelnde Ausstattung in den Schulen und Möllemanns Schülzeitverkürzungspläne finden also ihre Ursache im Profitstreben der Kapitalisten und der Vermeidung aller „überflüssigen“ Ausgaben.

Auf der anderen Seite brauchen die Unternehmer qualifizierte Arbeiter, Ingenieure, Manager etc. Und die Anforderungen ändern sich mit der wirtschaftlichen Lage.

## Bildung nach Bedarf der Unternehmer

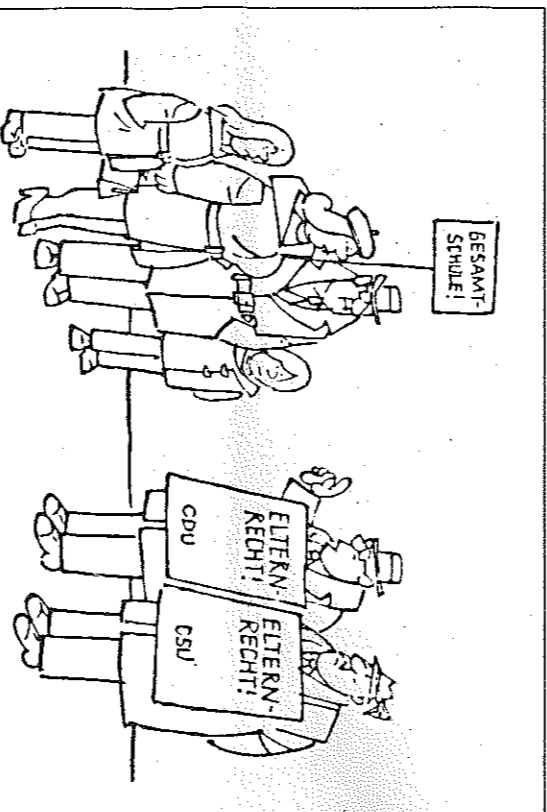
Im Zuge des Auschwungs brauchte die bundesdeutsche Wirtschaft in den 60er Jahren eine größere Schar höherqualifizierter, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Die Bildungsreform der sozial-liberalen Koalition Anfang der 70er Jahre war zwar eine grundlegende Reform zugunsten

herrschen.

Das Papier „Gesellschaft von morgen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt Aufschluß darüber, wie sich die kapitalistische Klasse heute eine Bildungsschichtung vorstellt: Angestrebt werden 2% Elite, 18% Akademiker, 64% mittlerer und unterer Schluß und 15% ohne Abschluß. Erst vor diesem Hintergrund versteht man den Sinn der zur Elitebildung beitragenenden Abi-Deform und die Pläne eines Meyer-Vorfelders, ganz den Anforderungen der Kapitalisten gerecht werden, indem sie mit der bereits beschlossenen Schaffung von Eliteschulen, die mit einer Luxusausstattung an Personal und Lehrmitteln versehen sind, zur Schaffung einer drei- bis fünfprozentigen Elite beiträgt.

## „Die herrschenden Ideen sind immer die Ideen der Herrschenden!“ (Karl Marx)

Im Allgemeinen wird heutzutage eine bürokratisch-kritische Haltung gelehrt. Wir sollen Selbständigkeit und



„Wir wollen, daß alle Eltern das Recht haben, ihre Kinder auf die Schule zu schicken, die wir für richtig halten.“

## Wahlkampf im Bundesland Bremen

# Polizei verprügelt Antifaschisten

Franz Schönhuber, „Führer“ der rechtsextremen Republikaner, hatte sich zu einer Wahlkampfveranstaltung zu den Bremer Bürgerschaftswahlen in Bremen-Haven angesagt. Auf Plakaten und mit Lautsprecherwagen wurde in der gesamten Stadt für eine „Großkundgebung“ am 9. September mobilisiert, auf der - wie üblich - rassistische bis faschistische Phrasen an den Mann bzw. die Frau gebracht werden sollten.

In der Absicht, diese Veranstaltung im Weeser-Forum (das ist der Tagungsort des Stadtparlaments von Bremen-Haven) durch Blockade friedlich zu verhindern, riefen die Jungsozialisten und die Autonomen Antifaschisten zu einer Gegenveranstaltung auf, an der ca. 300 meist jugendliche teilnahmen.

Anscheinend aus Frust über die Gewaltfreiheit des Protestes machten die ca. 250 anwesenden Bremer Polizisten nach Ende der Rep-Versammlung ihren schlechten Ruf alle Ehre. Sie netzten und prügelten einzelne Demonstrennehmer, die auf dem Nachhauseweg Wahlplakate der Republikaner entfernten, aber auch Unbeteiligte. Einen Tag später wollten „Führer“

Franz Schönhuber seine Hetze in der Bremer Stadthalle fortsetzen. Auch hier fanden sich Gegendemonstranten (diesmal 500-1000) ein, die gewaltfrei das Stattfinden der Veranstaltung verhindern wollten. Auch hier begann alles friedlich, auch hier kamen nur wenige Rep-Anhänger (ca. 50) in die Stadthalle.

Als die Rep-Versammlung schon längst begonnen hatte (sie dauerte nur knapp 20 Minuten), die Demonstrationen also Niemandem mehr den Zugang versperrten, griff die Polizei - an ihrer Spitze das „berühmte SEK“ - brutal ein. Ohne Ankündigung und ohne eine Aufforderung, den Demo-Platz zu verlassen, wurden zwei Wasserwerfer eingesetzt, die auf die Köpfe der Demonstranten zielten, was lebensgefährliche Verletzungen hervorrufen kann. Polizisten verprügelten wahllos Demonstrenanten, Mannschaftswagen jagten mit 30-40km/h einzelne Antifaschisten, Straße oder knippselten den Flüchtenden mit mehreren Beantenn zusammen. Daß bei diesem Einsatz „nur“ 50 Demonstranten verletzt wurden und nichts Schlimmeres geschah, ist einfach

kritisches Bewußtsein erlangen. Doch ist das uns eingebaute kritische Nachdenken offensichtlich. So führt das ständige Abschrecken vor radikalen, sich kraß von der herrschenden Ideologie unterscheidenden Standpunkten bereits zum Akzeptieren der existierenden Verhältnisse. Auch das ewige Wiederkäuen des Themas „Nationalsozialismus“ behaltet die Clorifizierung des bestehenden Systems, das beständig als der konsequente Gegenpol zum Faschismus dargestellt wird. In endlosen Vorträgen wird uns klargemacht, wie dreckig es den Menschen in der „3. Welt“ geht, aber nicht ein einziges Mal werden die wahren (wirtschaftlichen) Gründe und Zusammenhänge der Misere aufgezeigt!

## Chancengleichheit?

Von Chancengleichheit in der Bildung kann im Kapitalismus nicht die Rede sein. Nach wie vor ist es so, daß bestimmten Schichten der Gesellschaft der Zugang zu höherer Ausbildung verschlossen bleibt. So liegt der Anteil von Arbeiterkindern an Gymnasien heute bei 8%. Das ist weniger als vor 10 Jahren. Der Ausländeranteil liegt hier bei weniger als 5%, während er in den Hauptschulen bei 25% steht. Eine solche Aufspaltung der Jugend läuft von vornherein auf Vorrurteile und Konkurrenzkampf hinaus.

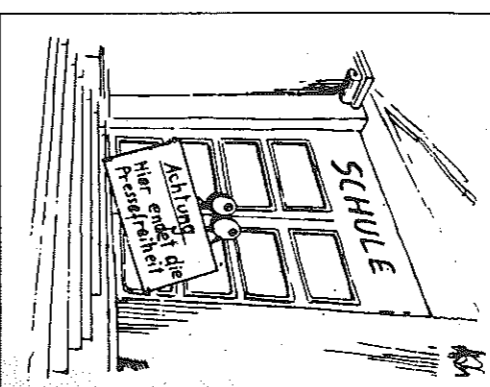
Wie könnte demgegenüber ein sozialistisches Bildungssystem aussehen? Nicht Ausplittierung, sondern viel mehr gleiche und möglichst gute Ausbildung der Jugendlichen wäre das Ziel. Das heißt zu allererst Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Eine integrierte Gesamtschule für alle sorgt dafür, daß eine Sortierung nach der 4. Grundschulklasse sich erübrigt. Für Schüler mit Lernschwierigkeiten gibt es Förderkurse, in denen ihnen geholfen wird. Ein Sitzenbleiben ist aber nicht mehr möglich. Der Unterricht setzt sich aus dem Kennenrcht für alle und einem Wahlpflichtbereich zusammen. Jeder Schüler kann entsprechend seinen Begabungen und Interessen wählen.

## Arbeiten und Lernen

In einer sozialistischen Gesellschaft würde sich die allgemeine Ausbildung aber noch viel weitgehender vom bestehenden System (und auch vom System in den anderen sozialistischen Ländern) unterscheiden. Die Faschisten von alleine werden nicht zuhause sitzen und darauf warten, bis die Faschisten von alleine wieder verschwinden.

Zum einen muß Antifaschismus für SPD und Gewerkschaften heißen, für soziale Rechte und Verbesserungen zu kämpfen, um den Parteien wie der Deutschen Volksunion (DVU) und den

stern in den ehernartigen stalinistischen Diktaturen, z.B. in der DDR) untercheiden. Bisher ist es so, daß die Lebenszeit eines Menschen in eine relativ lange Schul- und Ausbildungsphase eine produktive Mithelpphase und ein ganzliche „Ruhepause“ im Alter aufgeteilt ist. Das entspricht in keiner Weise der natürlichen Veranlagung des Menschen, sondern allein den Interessen des Kapitals. Schon kleine Kinder sind durchaus in der Lage und willig leichte Arbeiten zu übernehmen. Eine Verbindung von Hand- und Kopfarbeit, die nachweisenmaßen nur positive Auswirkungen auf die Lernfortschritte der Kinder und Jugendlichen



hat, wäre als Zukunftsmodell also irrtümlich zu betrachten.

Auch in der mittleren Lebensphase sollte Aus- und Weiterbildung in viel stärkerem Maße möglich sein als bisher. Das bedeutet Ausbau des zweiten Bildungsweges. Denn es ist nicht einzusehen, weshalb man mit seinem Schulabschluß „ausgelehrt“ haben sollte. Im Sozialismus wird durch drastische Arbeitszeitverkürzung den Menschen genug Zeit und Energie gelassen, sich geistig bildend zu betätigen. Auch das geistige Verfahren, Menschen nach Erreichen eines bestimmten Alters auf's „Abstellgleis“ zu stellen, ist naturwidrig und unmenschlich. Ein Mensch verliert mit 60 oder 65 Jahren nicht schlagartig die Möglichkeit, körperlich und geistig tätig und kreativ zu sein.

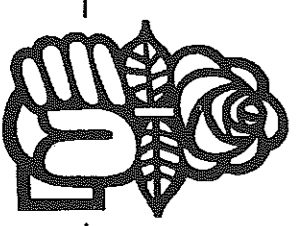
Ein sozialistisches Bildungssystem, das den Interessen der arbeitenden Menschen entspricht, ist im Kapitalismus undenkbar. Der Kampf für eine sozialistische Bildungspolitik ist gekoppelt mit dem Kampf für den Sozialismus überhaupt. Saeida Russel, Aachen jungsozialist

Republikanern die Grundlage ihrer faschistischen Propaganda zu entziehen. Zum anderen müssen sich SPD und Gewerkschaften aktiv an antifaschistischen Aktionen „auf der Straße“ beteiligen. Denn daß es auch anders gehen hat die Blockade eines DVU-Busses am 25.8. in Bremen gezeigt, der zu einer Veranstaltung ins Umland abfahren wollte. Zu dieser Gegendemonstration hatte unter anderem auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in ihren Flugblättern aufgerufen. Resultat: Die Aktion blieb friedlich durch die Zurückhaltung der Polizei; bis auf die Nazis der DVU, die nicht zu ihrer Veranstaltung kamen, waren alle Beteiligten zu friedeln.

Ebenso friedlich und ebenso erfolgreich verlief eine Gegendemonstration am 12.7. in Bremen-Haven, mit der ebenfalls öffentliche Veranstaltung der Reps zur Thema „innere Sicherheit“ dank der Zurückhaltung und Disziplin von Demonstrenstranten und Polizei gewaltfrei verhindert werden konnte. Jörn Kroppach, Bremen-Haven jungsozialist



mach' mit bei den Jusos!



# Sowjetunion

## Fortsetzung von Seite 1

# Siegeszug des Kapitalismus?

### Vor dem Putsch hatten selbst die konservativen Bürokraten die Regierung für das hohe Tempo und das Chaos bei der Einführung des Kapitalismus kritisiert. Wodurch war dann der Putsch motiviert?

Nicht jede Schicht der herrschenden Bürokratie wird beim Versuch der Wiederherstellung des Kapitalismus ihre Macht und Privilegien erhalten können. Besonders angesichts der Zerfallerscheinungen der Union hatte die zentrale Bürokratie ihre Stellung gefährdet gesehen. Der Unionsvertrag, den neun Republikvertreter am Tage des Putsches unterschreiben wollten, hätte entscheidende Befugnisse wie z.B. das Einhalten von Steuern auf die Replikalebene verlagert.

Die Halbherzigkeit der Putschisten spiegelte ihren Mangel an Unterstützung in der Bevölkerung und im Staatsapparat wieder. Ihre einzige Hoffnung bestand in der Duldung des neuen Regimes durch die Arbeiterklasse.

Doch schon die allerersten Handlungen der Junta stießen auf Widerstand. Teile der Jugend und der intellektuellen bereiteten sich auf einen harten Kampf vor, der vom Putsch bedrohte Flügel der Bürokratie um Jeltsin wehrte sich. Als der Arbeiter immer klarer wurde, daß der Putsch das Ende ihrer demokratischen Errungenschaften bedeuten würde, begannen sie Streiks und Verteilungskomitees zu organisieren. Das Regime mußte entweder den Versuch der bewährten Durchsetzung wagen oder aufgeben.

Mit dem Scheitern des Putsches ist eine Rückkehr zum Stalinismus jetzt ausgeschlossen. Die Befürworter der schnellen Einführung des Kapitalismus haben die Oberhand gewonnen. Die alten Kommandostrukturen der Wirtschaft werden nicht weiter funktionieren. Da keine Marktbeziehungen bestehen, wird sich der Zusammen-

bruch beschleunigen. Bereits im ersten Halbjahr 1991 gab es eine katastrophale Entwicklung der Wirtschaft (siehe Grafiken). Die Inflation allein im Juni beträgt 17%.

Neue Massenbewegungen, Zusammenschlüsse mit den Staatsorganen und Nationalitätenkonflikte verschärften sich jetzt und tragen zusätzlich zum ökonomischen Verfall bei.

**Russischer Imperialismus und Zerfall der Union**

Rußland wird schon rein ökonomisch zur vorherrschenden Macht. Jeltsins Andeutung offener Grenzstreifen und der Hinweis auf die Existenz russischer Minderheiten in fast allen anderen Republiken gibt eine Vorahnung vom zukünftigen russischen Imperialismus.

Seit Gorbatschows Machtantritt ist die Unzufriedenheit der Massen immer stärker in Bewegungen zum Ausdruck gekommen, als erstes gegen die nationale Unterdrückung unter dem Stalinismus. In vielen Republiken haben die Herrschenden deshalb versucht, sich

an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegungen zu stellen, um von ihrer eigenen privilegierten Position abzulenken. Das Anheizen nationaler Konflikte mit den eigenen Minderheiten ist nur eine konsequente Fortsetzung dessen. Der Putsch hat das Verlangen nach Unabhängigkeit unter den nicht-russischen Nationalitäten noch weiter verstärkt, gleichzeitig aber auch eine kritische Haltung gegen die bisherigen nationalen Machthaber. Jetzt sehen sich diese Herren ebenfalls Massenbewegungen gegenüber.

Trotz aller Unabhängigkeitsklärungen rücken die Regimes der Republiken zunächst wieder zusammen, um die wirtschaftlichen Verbindungen aufrecht zu erhalten. Allein kann zur Zeit fast keine Republik wirtschaftlich überleben. Jeder Schritt zum Kapitalismus bedeutet mehr Konkurrenzkampf unter der Republiken. Ein Anzeichen dafür ist der Beschluß, eine einheitliche Währung aufrecht zu erhalten, wobei aber jeder Republik das Recht eingeräumt wird, eine eigene Währung einzurichten!

Hinzu kommt, daß manche Regimes sich auch nicht sicher sind, alleine mit Revolten der Bevölkerung fertig zu werden, die sich bei zunehmendem Verfall der Gesellschaft verschärfen werden. Zur Zeit soll eine zentral geführte Armee erhalten werden, obwohl fast jede Republik bereits eigene Milizen aufbaut. Zentrale Gewalt zu erhal-



Bürgerkriegsopfer in Osetien/Georgien.

ten bedeutet bei fortschreitender Wiederherstellung des Kapitalismus eine Rückkehr zum russischen Imperialismus - was wiederum zu einer Verstärkung der nationalen Kämpfe führt. Das eröffnet die Perspektive neuer Bürgerkriege der Republiken untereinander, die das augenblickliche Blutbad in Jugoslawien weit in den Schatten stellen werden.

### Illusionen in den Kapitalismus

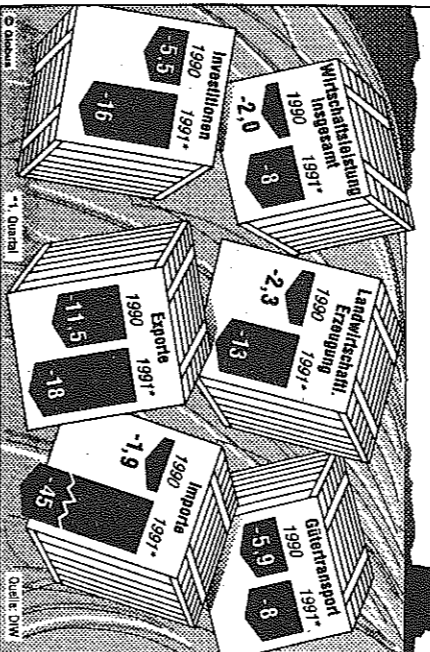
Jeltsin und Co mußten sich auf die Arbeiterklasse stützen, um den Putsch überhaupt zu überstehen. Gerade die bewußten Schichten der Arbeiterklasse, Aktivisten der unabhängigen Gewerkschaften, sehen im Niederschlagen des Putsches ihren eigenen Sieg über das alte Regime und sind nicht geneigt, neue Diktaturen ohne weiteres zuzulassen.

Allerdings bestehen enorme Illusionen in die Marktwirtschaft. Beispielsweise versucht die Regierung im Kubass (einer Hochburg der Bergarbeiterbewegung) die Privatisierung der Be-

triebe verstärkt voranzutreiben. Die Kohle aus dieser Region hat im weltweiten Vergleich eine sehr hohe Qualität. Durch die Übernahme der Bergwerke in russische Hände und durch das Zugeständnis, Kohle auf dem Weltmarkt verkaufen zu können, erhalten Arbeiter dort inzwischen viel höhere Löhne als anderswo in der UdSSR. Gerade weil die dortigen Arbeiter das als Sieg ihrer Streikbewegung ansehen, haben sie das Selbstbewußtsein zu glauben, auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Jedoch befindet sich die

### Sowjetwirtschaft im Abwärts-Sog

Rückgang jeweils gegenüber Vorjahr in %



Masse der sowjetischen Arbeiterklasse nicht in dieser Position. Im Gegenteil, die wenigsten Industriezweige werden auf dem Weltmarkt Bestand haben. Um ein solches Niveau zu erreichen, wären großen Investitionen nötig, die aus dem westlichen Ausland kommen müßten.

### Investitionen aus dem Westen?

Auch wenn die westlichen Regierungen an einer Stabilisierung der Lage interessiert sind, so hat die Erfahrung mit der DDR gezeigt, daß es unmöglich für sie ist, den Sturz ins Chaos zu vermeiden. Der Imperialismus versucht jetzt, einen möglichst großen ideologischen Eindruck zu hinterlassen. Arbeiter in der Sowjetunion und überall auf der Welt sollen glauben, daß die Kapitalisten alles tun, um diese Länder zu

entwickeln und durch Lebensmittelmangel die Not zu lindern. Der Zusammenbruch soll allein als das Erbe des „Sozialismus“ verstanden werden. Bevor die Kapitalisten wirklich massiv investieren, um die Rohstoffe auszuheben, werden sie erstmal abwarten, bis sich ein neues Regime etabliert hat, das die massiven Angriffe auf die Arbeiterklasse bei der Zerschlagung der Staatsbetriebe, der Preissteigerung, der Schaffung einer konvertiblen Währung oder die Nationalitätenkriege usw. überstanden hat und eine nach vielen Kämpfen und

Niederlagen demokratisierte Arbeiterklasse unter barbarischen Bedingungen knechtet. Ob und wann auf diesem Weg wirkliche Stabilität geschaffen werden kann, ist aber noch völlig offen.

Ob dann tatsächlich investiert werden würde hängt auch von der Weltkonjunktur ab. Der Kapitalismus bietet aber keine Wachstumsprospektiven mehr, die mit dem Nachkriegsaufschwung der 50er und 60er Jahre vergleichbar wären. Der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt verschärft sich. Mit weiteren Wirtschaftskrisen werden auch die Rohstoffpreise fallen. Ob sich dann Investitionen selbst zur Ausbeutung russischer Rohstoffe noch lohnen, ist fraglich, angesichts der fehlenden Infrastruktur.

### Perspektiven für die Arbeiterbewegung

Der Erfolg im Kampf gegen die Putschisten hat das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse gestärkt. Jeder Schritt in Richtung Marktwirtschaft bedeutet aber einen Angriff auf Lebensstandard und Errungenschaften der Arbeiterbewegung in der Sowjetunion. Ein Vorgeschnack darauf sind die Vollmachten für Jeltsin, in Form von Dekreten für Jeltsin, in Form von Dekreten für Jeltsin, in Form von Dekreten für Jeltsin. Den Haß auf die KP auszunutzen.

# Der Westen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Der Zerfall der Sowjetunion und der Bürgerkrieg in Jugoslawien stellen den Westen vor eine schwierige Frage: Wie hält er es mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Im Golfkrieg setzte die „friedliebende Völkergemeinschaft“ unter dem Vorwand, das Völkerrecht am Golf wiederherzustellen und das Selbstbestimmungsrecht Kuwaits durchzusetzen, Himmel und insbesondere die Hölle in Bewegung. Gut drei Monate später erklärten Kroatien und Slowenien sich als souveräne Staaten, nachdem die Bevölkerung sich für die Unabhängigkeit ausgesprochen hatte. Einen Tag später begann ein blutiger Bürgerkrieg in Jugoslawien.

Es ist interessant, wie sich die „Demokraten“ Genscher, Mitterand, Major usw., die angeblich das „gemeinsame Haus Europa“ bauen wollen, streiten. Deutschland ist jetzt für die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, weil es der Meinung ist, daß sich der Prozeß der Unabhängigkeit nicht mehr aufhalten läßt. Die deutsche Wirtschaft will sich rechtzeitig einen Einfluß in dieser Region sichern.

Spanien sind zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen eine Anerkennung, weil sie in ihren eigenen Ländern einen Aufruf für die Autonomiebestrebungen fürchten (Korsen und Bregonen in Frankreich, Basken in Spanien, Nordirland in Großbritannien). Die Länder der EG sind gegen einen wachsenden Einfluß Deutschlands in Slowenien und Kroatien und setzen lieber auf ein starkes Serbien.

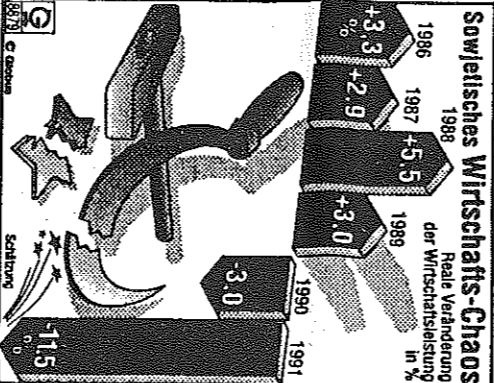
Je nach Interessenlage erkennen die Regierungen der westlichen kapitalistischen Länder das Streben eines Volkes nach Selbstbestimmung an, ignorieren oder unterdrücken es. Die Unterdrückung der Palästinaer, der Kunden, der Tamilen usw. stößt diese selbsternannten Verteidiger der Freiheit nicht.

### Die Haltung der Marxisten

Marxisten verteidigen das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, die sich gegen nationale Unterdrückung wehren und unterstützen den Kampf gegen nationale Unterdrückung. Nationalistische Parolen werden von den jeweils Herrschenden dazu benutzt, ihre eigene Stellung abzusichern. Scheinlösungen für die sozialen Probleme anzubieten und so die Arbeiterklasse zu spalten. Marxisten treten deshalb für die Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten im Kampf gegen ihre Unterdrücker ein.

Während wir das Recht auf Losrennung verteidigen, argumentieren wir heute in Osteuropa in den meisten Fällen dagegen, weil eine Rückkehr in die Kleinstaaterei zu schweren wirtschaftlichen Problemen führen wird und Unabhängigkeit im konkreten Fall nicht mehr Wohlstand, sondern mehr Armut bedeuten wird. Die sozialen Probleme können auf kapitalistischer oder stalinistischer Grundlage nicht gelöst werden. Darum treten wir in Bezug auf die Sowjetunion und Jugoslawien einen freiwilligen Zusammenschluß sozialistischer Republiken ein, in der die Wirtschaft republikübergreifend unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter geplant wird. In einer solchen Föderation könnten eine harmonische Entwicklung der Wirtschaft und die Wahrung der Rechte und kulturellen Identität jeder nationalen Minderheit erreicht werden.

Georg Kimmel, Aachen  
Jungsozialist



Sowjetisches Wirtschafts-Chaos

Realer Lohnindex der Wirtschaftsleistung in %

# Osteuropa

## Jugoslawien

# Nationalismus wird zur blutigen Sackgasse

Der Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa, 1989 eingeleitet durch eine Welle von politischen Revolutionen, zeigt seine blutige Seite. Die wirtschaftliche Misere, die sich seit Anfang der 80er Jahre unter dem Druck von internationalen Währungsfonds und Weltbank stetig entwickelt hat, wird von den Regierungen der jugoslawischen Teilrepubliken auf ihre Weise gelöst.

Die Herrschenden treiben die Rückkehr zum Kapitalismus voran und versuchen ihre eigene privilegierte Stellung abzusichern, während die Arbeiter dazu gebracht werden, sich an nationalen Linien gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Die von Tito so hochgelobte „bratstvo i jedinstvo“ (=Brüderlichkeit und Einheit) ist beim Teufel.

### Kroatien und Slowenien

In Kroatien schwärmt Präsident Tudjman von der kroatischen Nation und auch die Slowenen wollen die Unabhängigkeit. Hinter den nationalistischen Sprüchen stehen scheinbar klare wirtschaftliche Argumente: „Wir füttern die Serben und der Rest Jugoslawiens nur durch, denn wir produzieren doch die meisten Industriegüter, die auf dem Weltmarkt überwipf konkurrenzfähig sind.“ Das klingt logisch, doch wenn man hinter die Kulissen schaut, sieht man, daß die

niedrigen Weltmarktpreise vor allem slowenische Produkte jahrelang durch überhöhte Preise in Jugoslawien subventioniert wurden und immer noch werden. Wenn diese Subventionen durch die Spaltung wegfallen, dann ist es um die vielbeschwerene Konkurrenzfähigkeit nicht mehr ganz so gut bestellt.

„Wir sind die fleißigeren Völker und die Serben faulenzten bloß rum. Wir haben uns die Industrie ja auch erarbeitet.“ Bei diesem Argument drängt sich ein Blick in die Geschichte auf. Slowenien und Kroatien waren bis 1918 von Österreich-Ungarn besetzt, Serbien war lange Zeit unter osmanischer (türkischer) Herrschaft. Wenn man sich den Unterschied der beiden Besatzer ansieht, fällt einem auf, daß Österreich ökonomisch ein wenig besser war als die Türken. Doch war dies nur die Grundlage für die Entwicklung unter Tito: Nach seinem Bruch mit Stalin und dem damit drohenden Überfall des Riesen Sowjetunion wurden die wichtigsten Industrien so weit wie möglich vom Ostblock entfernt angesiedelt. Das ist reine Militärstrategie, kein kroatischer oder slowenischer Geist.

Der Traum des Serbenführers Milosevic ist die friedliche Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien unter serbischer Führung. Für die Schaffung eines „Großserbiens“ geht er notfalls über viele Leichen. Der Traum der bürgerlichen Regierungen in Kroatien und Serbien ist eine blühende marktwirtschaftliche Zukunft als „neues Luxemburg“ in der EG. Doch was die Wiederherstellung des Kapitalismus bringt, sehen wir in Polen und Ostdeutschland.

### Gibt es einen Ausweg?

Wir verteidigen das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen, warnen aber auch vor Illusionen in Kleinstaaterei. Nur auf der Grundlage eines freiwilligen Zusammenschlusses der Völker und einer demokratisch geplanten sozialistischen Wirtschaft kann eine harmonische Entwicklung erreicht werden.

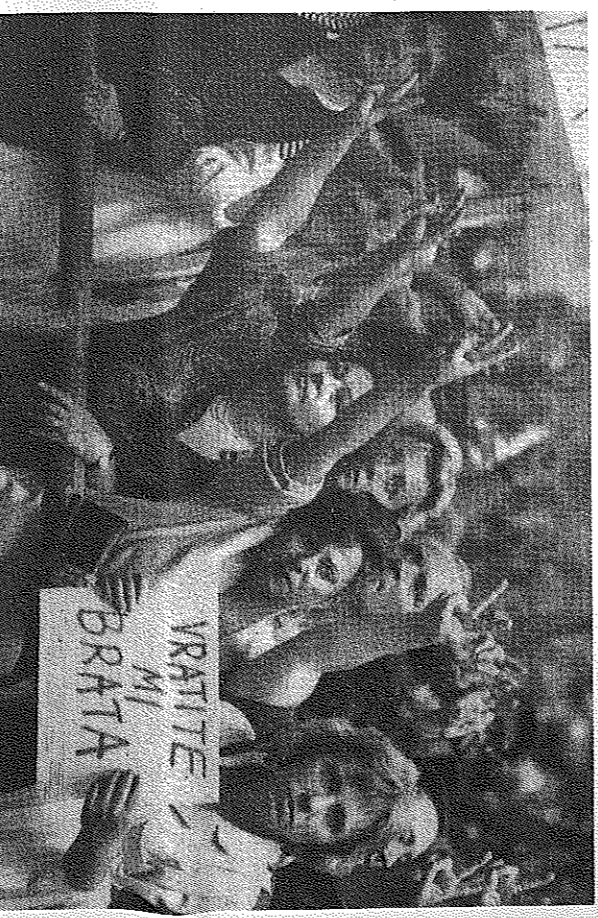
Die Arbeiter dürfen kein Vertrauen in die nationalistischen Führer und ihre Versprechungen setzen, weder in Milosevic noch in Tudjman. Zur Verteidigung gegen nationale Unterdrückung sollten

sie sich unabhängig zusammenschließen und für die Einheit der Arbeiter verschiedener Nationalitäten eintreten. Noch gibt es leider nur erste Ansätze in diese Richtung z. B. die Mütter, die gegen das sinnlose Abschachten ihrer Söhne im Bürgerkrieg kämpfen.

### Bürgerkrieg oder Militärputsch?

Alle Aufforderungen des jugoslawischen Staatspräsidenten Mesić, die Bundesarmee möge sich in die Kasernen zurückziehen, wurden von der Armeeführung, die ihn laut Verfassung untersteht, einfach ignoriert.

Es bleiben also noch zwei Möglichkeiten: Entweder zerfleischen sich die



Protestierende Frauen vor dem Belgrader Armee-Hauptquartier.

Voraussetzen wird die Arbeitslosigkeit dieses Jahr noch die Zweimillionenmarke erreichen. Im Angesicht dieser Perspektiven ist es nicht verwunderlich, daß nach Umfragen 40% der jugendlichen auswandern wollen. Die Verbrechenstrafe hat sich in den letzten zwölf Monaten verdoppelt. Die Zahl der Einbrüche ist um 176% gestiegen. Der Wohnungsbau ging im Vergleich zu 1989 um 11,2% zurück.

### Gerechtigkeit?

Während immer weniger Wohnungen zu bezahlbaren Preisen oder Mietappartements für diejenigen, die sich 600 Dollar Monatsmiete leisten können. Autos von BMW und Mercedes werden für die neue wirtschaftlichen Elite importiert, die die alte politische Elite ersetzt hat. Hier entsteht eine neue kapitalistische Klasse. Die meisten in diesem exklusiven Club kommen direkt aus der alten Bürokratie oder sind frühere Schwarzmarkler und Spekulanten. Der stalinistische Industrieminister Wilczek ist jetzt einer der reichsten Männer Polens und hat kürzlich ein profitables Joint-Venture mit japanischen Geschäftsläuten geschlossen. Wie Hunderte von Bürokraten hat Wilczek seine stalinistischen Privilegien mit kapitalistischen gekauft, wie man ein Buch gegen ein anderes in der Bucherei tauscht. Das sind die Leute, die von der Politik Balcerowicz's, Walesas und Co. gewonnen haben. Proteste gegen diese schreckliche Ungerechtigkeit gehen in dem Gebrüll der prokapitalistischen Propaganda unter.

Was sich nun Demokratie nennt, monopolisiert Presse und Fernsehen genauso wie die Stalinisten vorher.

Fernsehprogramm „Observator“ hatte es gewagt, die Bergarbeiterproteste vor Walesas Präsidentenpaß zu zeigen, was von keinem anderen Programm gezeigt wurde. Der Produzent wurde entlassen und den Nachrichtenredakteuren wurden neue Jobs in anderen Bereichen „angeboten“.

### „Notwendige Opfer“?

Obwohl viele immer noch hoffen, daß sich ihre Opfer langfristig auszahlen und der Kapitalismus doch noch irgendwann Segen bringt, ändert sich dies zusehens. 82% haben Mazowieckis Regierung noch im Januar 1990 unterstützt, zehn Monate später bekommt er nur noch 19% bei den Präsidentschaftswahlen. Bielecki hat mit der Unterstützung begonnen, mit der Mazowiecki angehört hatte. Die Illusionen in den Markt zerfallen. Unglücklicherweise bieten die Führer der Gewerkschaften keine Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus an. Solidarinosc hat Mitglieder verloren und unterstützt offen den Privatisierungsplan.

Jack Kuron: „Balcerowicz und ich haben beschlossen, als Team zu arbeiten. Ich bin für soziale Absicherung, soziale Politik und Gewerkschaften verantwortlich - um die Leute davon zu überzeugen, den (Balcerowicz-) Plan zu akzeptieren.“ Eine Politik, die die Privatisierung stoppt, den Unterschied zwischen demokratischer Planung der Wirtschaft und stalinistisch-diktatorischer Fehlplanung erklärt, für Selbstbestimmung in den Betrieben, am Wohnort und in den Schulen eintritt, kurz, eine wirklich sozialistische Politik ist der einzige Ausweg aus der Misere. Lorenz Blume, Kassel Jungsozialist

## Polen

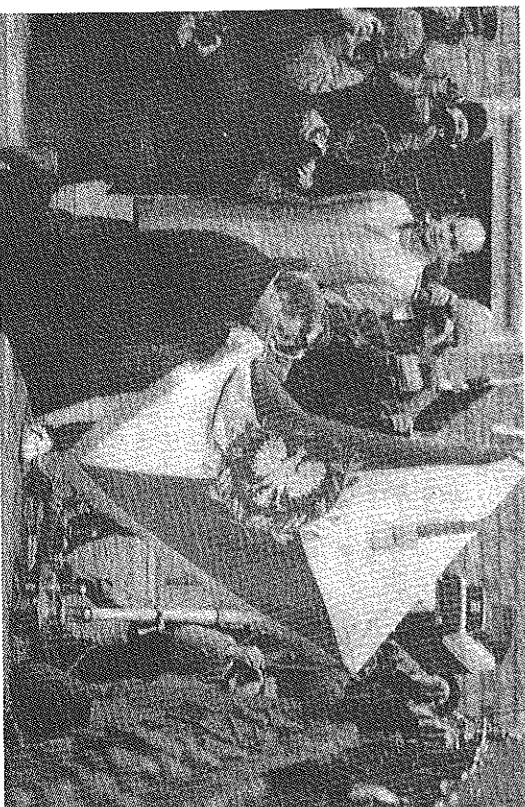
# Das Amerika des Ostens?

Angenehm bedeutet die Einführung der Marktwirtschaft in Osteuropa Wohlstand, Gerechtigkeit und Demokratie. Wie sieht das in Polen aus? Polnische Arbeiter und Jugendliche sehen sich einem ökonomischen und sozialen Desaster gegenüber: Arbeitslosigkeit, Armut und Verbrechen wachsen stetig.

Es ist wahr, daß die Regierung Balcerowicz, Bielecki und Walesa eine zerrütete Wirtschaft vom stalinistischen Jaruzelski-Regime übernommen hat. Aber wie Dr. Eisenhart versucht sie den Patienten zu heilen, indem sie ihm alle schmerzenden Glieder amputiert. Balcerowicz und die anderen freien Marktwirtschaftler wollen ganze Wirtschaftszweige vernichten, um alles gesünder zu machen. 1990 fiel die Produktion um 25%.

### Wohlstand?

Wenn Walesa sagt, daß Polen das Amerika des Ostens werden wird, meint er wohl das Amerika von 1929 zur Zeit des Wall-Street-Crashes und der Wirtschaftskrise. Der Lebensstandard der Arbeiter ist seit Januar 1990 um 40% gefallen, während die Preise um beinahe 700% gestiegen sind. Die Bielecki- und vorher die Macrowiecki-Regierung haben die Löhne des Ostens mit den Preisen des Westens gepaart. Während die neuen Minister ihre alten Fiats gegen luxuriöse Limousinen tauschen, zahlen die Arbeiter, Bauern, Arbeitslosen und Rentner einen schreckli-



„Wissen Sie, ich habe vor mir selber Angst. Wenn ich zuviele Rechte bekomme - ich wüßte nicht, was ich dann tun würde.“ Walesa im Gespräch mit „Die Zeit“, 1989.



# Internationales

## Äthiopien

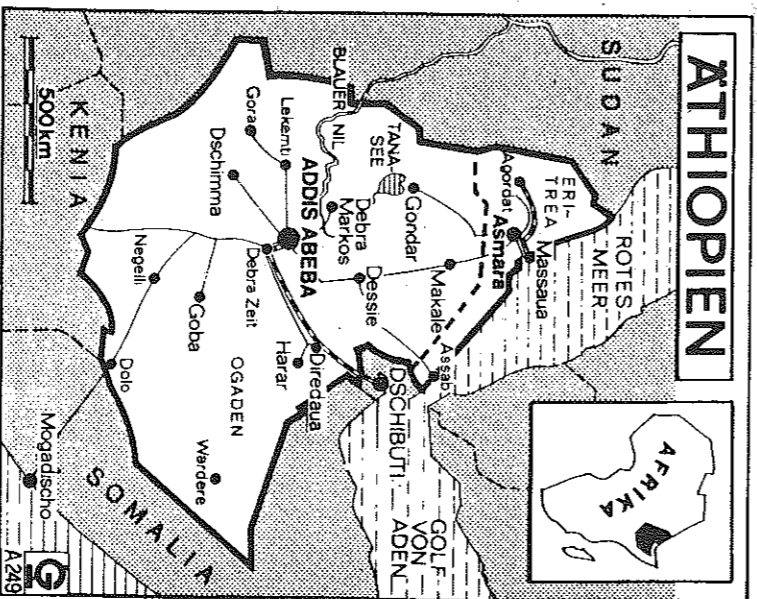
# Was kommt nach dem Sturz Mengistus?

Nach jahrelangem Bürgerkrieg wurde im Juni das stalinistische Regime unter Mengistu Haile Mariam gestürzt. Die verschiedenen Guerillaarmeen, die sich nicht selten auch untereinander bekriegt hatten, sitzen nun friedlich um den runden Tisch und verhandeln über die Zukunft Äthiopiens. Die eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) fordert weiterhin nur die Durchführung eines Referendums über die Unabhängigkeit Eritreas. Sie nutzt nicht die Gunst der Stunde, um Eritrea für unabhängig zu erklären. Diese Eintracht begeißt viele Beobachter, aber wie lange kann sie anhalten?

Mit dem Ende des kalten Krieges führte die Eritreische Befreiungsfront EPLF, die später durch die stalinistische Volksbefreiungsfront EPLF verdrängt wurde, den bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit Äthiopiens. Ideologen scheinen dabei aber eine eher untergeordnete Rolle gespielt zu haben; die sozialistische Sonntagsgespräche hinderten die EPLF nicht, sich lange Zeit von Kuwait und anderen arabischen Kapitalisten finanzieren zu lassen.

### Geschichtlicher Hintergrund

Da Äthiopien bei der Kolonialisierung Afrikas lange Zeit vergessen wurde, konnten sich dort eigene feudale Strukturen herausbilden. Die Herrscher des arabischen Volks dehnten ihr Reich ab Ende des letzten Jahrhunderts bis nach Süden weiter aus, so dass Äthiopien heute aus etwa 70 Nationalitäten besteht. Die Amharan machen da-



Auch die Sowjetunion entdeckte erst spät ihre Liebe zum „sozialistischen Bruderraum“ Äthiopien. Ursprünglich war das angrenzende Somalia der sowjetischen Stützpunkt am Eingang zum Indischen Ozean. Nachdem aber die USA ihre Stützpunkte in Äthiopien hatten aufgeben müssen, schwenkte die Sowjetunion anlässlich eines Grenzkrieges zwischen Äthiopien und Somalia 1977 kurzerhand auf Äthiopien um. Wegen der größeren jüdischen Minderheit und weil Äthiopien das einzige nicht-arabische Land der Region ist, versuchte auch Israel durch wechselnde Unterstützung der verschiedenen Seiten und zuletzt vor allem des Mengistu-Regimes die arabischen Kräfte im Bürgerkrieg zu schwächen.

Diese vielfältigen Konflikte und äußeren Interessen werfen natürlich die Frage auf, wie lange die Harmonie der neuen Herrscher anhalten kann. Zunächst nur wenig Raum für Zugeständnisse an die immer noch hungerrnde Bevölkerung bleibt. Mit einem Bruttoerzeugnis von 120 Dollar pro Kopf und Jahr gehört Äthiopien zu den fünf ärmsten Ländern der Erde, eine Industrie ist kaum entwickelt und regelmäßige Dürrekatastrophen machen große Teile des Landes von ausländischen Nahrungsspenden abhängig.

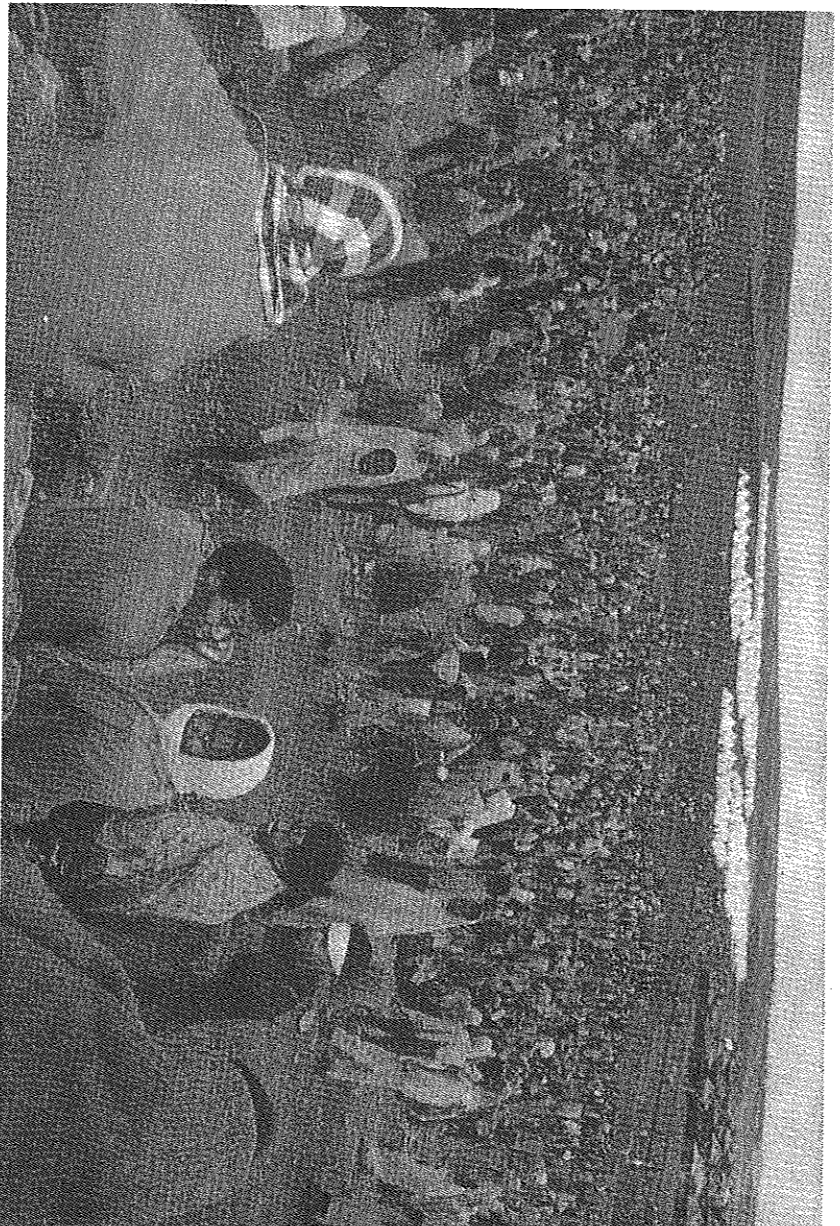
### Revolution von 1974

Auch für soziale Reformen bleibt den neuen Herrschern wenig Spielraum. Alle Banken und Versicherungen sind schon verstaatlicht, zudem noch 72 weitere Großbetriebe. Das gesamte Land und sämtliche Zweiwohnungen sind ebenfalls unter der Kontrolle des Staates. Das ist nur ein Teil der Erfolge der Revolution von 1974. Damals war innerhalb eines halben Jahres das alte feudale Kaiserreich hinweggefegt worden. Die Anhebung der Benzinpreise um 50% im Februar '74 hatte zum Streik der Taxifahrer, über die praktisch der gesamte Verkehr in der Hauptstadt Addis Ababa läuft, geführt. Schüler streikten für bessere Löhne, Lehrer und Studenten schlossen sich mit De-

mos gegen die Korruption der herrschenden Klasse an. Mägere Zugeständnisse des Kaisers weiteten die Bewegung erst richtig aus. Ein Generalstreik am 7. März legte zumindest die größeren Städte lahm. In Addis Abeba demonstrierten Priester und Prostituierte für bessere Einkommen. Als durch die Aufhebung der Zensur das ganze Ausmaß der Hungersnot in den Provinzen Tigre und Wollo bekannt wird, brechen alle Dämme, und der Kaiser muß im September schließlich abdanken.

ten die Privilegien der Kommandeure und später diese selbst abgeschafft und sich eine eigene Führung, den Derg (was etwa soviel wie „Junta“ heißt) gewählt. Zuerst trat der Derg noch für eine reformierte Monarchie ein, mußte aber unter dem Druck der Bewegung schließlich die Macht selbst übernehmen. Deshalb war der Derg auch zu weitreichenden Reformen wie der Verstaatlichung gezwungen.

Das Kernstück der Reformen war jedoch die Landreform, die allerdings im Schwung der Revolution in den meisten Gegenden von den Bauern selbst durchgeführt wurde, ohne lange auf ein Regierungsdekret zu warten. Kirche und Feudalherren, die vorher das meiste Land unter ihrer Kontrolle gehabt hatten, wurden verjagt und das Land aufgeteilt. Der Landbesitz wurde auf 10 Hektar begrenzt und die Anstellung von Landarbeitern verboten. Diese Zurückhaltung des Landes führte natürlich nur zu Produktionsrückgang, die Versorgungslage der Städte ver-



Ehemalige Regierungssoldaten im Aufanglager.

Der Gewerkschaftsbund CELLU (Confederation of Ethiopian Labour Unions) hatte zwar in den Städten einen gewissen Einfluß, 85% der Bevölkerung waren aber noch unmittelbar in der Landwirtschaft tätig, und so gab es keine Macht, die fähig gewesen wäre, eine neue Ordnung aufzubauen. So mußte diese aus der Armee heraus entstehen. Auch an ihr war die Revolution nicht vorübergegangen, Soldaten hat-

schlechterte sich nach der Revolution eher: Aufgabe von Sozialisten wäre es hier gewesen, die Bauern von der kollektiven Bewirtschaftung des Landes zu überzeugen, was eine intensive Bewirtschaftung ermöglicht hätte.

### Stalinistische Diktatur

Der Aufbau eines wirklich sozialistischen Systems war von den Militärs aber nie beabsichtigt, auch wenn am 2.

schlechterte sich nach der Revolution eher: Aufgabe von Sozialisten wäre es hier gewesen, die Bauern von der kollektiven Bewirtschaftung des Landes zu überzeugen, was eine intensive Bewirtschaftung ermöglicht hätte.

### Rückkehr zum Kapitalismus

Die Rückkehr zum Kapitalismus wird kaum den Lebensstandard der Massen heben können. Großartige finanzielle Hilfen der imperialistischen Staaten sind ebenfalls nicht zu erwarten, die haben gerade ganz andere Probleme. Die USA spielen zwar eine Rolle beim Sturz Mengistus, es ist aber durchaus fraglich, ob Außenminister Baker in seiner neuen Weltpolitikserolle die Zeit bleibt, Äthiopien auf den „rechten Weg“ zu bringen.

Obwohl das Volk jetzt von einer Diktatur befreit ist, läßt die Begeisterung über den neuen Staat auf sich warten. Gleich nach der Machtübernahme durch die Guerrillas gab es in Addis Abeba Demonstrationen, vor allem gegen die USA.

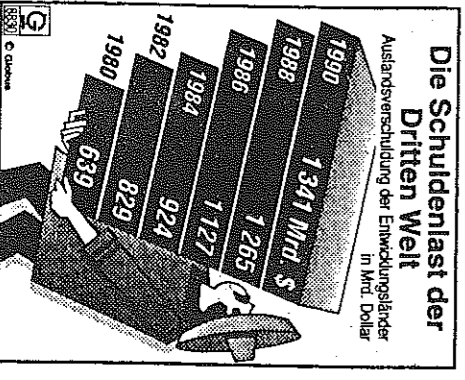
Neue Rezepte können die neuen Machthaber auch nicht bieten. Auch ist nicht zu erwarten, daß die militärischen Führer von selbst die alte Kommandostruktur durch einen demokratischen Staat ersetzen werden. Andererseits erwartet die Bevölkerung nach dem Ende des langen Bürgerkriegs jetzt konkrete Verbesserungen. Je länger diese ausbleiben, desto unsicherer wird das Regime werden. Auch die nationalen Konflikte werden durch eine neue Regierung allein nicht gelöst. Über kurz oder lang wird also die Eintracht der Guerillaarmeen Risse zeigen müssen.

# Afrika - die Kosten des Kapitalismus

Die UNO erklärte die 80er Jahre zum „Jahrzehnt der Entwicklung“. Anfang der 90er Jahre ist Afrika allerdings genauso arm wie 1960. Ungefähr 50 Millionen Afrikaner (Ein Neuntel der Bevölkerung) werden in den nächsten 20 Jahren wahrscheinlich an Hunger sterben. Die Lebenserwartung liegt unter fünfzig Jahren. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich zwischen 1979 und 1989 auf 100 Mio. vervierfacht.

Dabei könnten die 51 afrikanischen Staaten genug Lebensmittel herstellen, um ihre Bevölkerung dreimal zu ernähren. Warum tun sie das nicht? Unter anderem weil sie gezwungen sind, Baumwolle, Kaffee und andere Exportwaren für die Industrieländer herzustellen, um Schuldentilgungen und Profite für notleidende Banken und Konzerne zu sichern.

In den 80er Jahren floß zum ersten Mal in der Geschichte mehr Geld von den armen Ländern der



Die Schuldenlast der Dritten Welt

Auslandshilfe der Entwicklungsländer in Mrd. Dollar



# Internationales

## Israel: Fall Mahmud Masarwa

# Folter und Klassenjustiz

Im Nahen Osten sticht Israel nicht gerade als vorbildliche Demokratie hervor: In israelischen Kerkern ist Folter als Mittel der „Befragung“ laut einem Bericht von Amnesty International an der Tagesordnung.

In diesem Bericht wird beschrieben, daß Gefangene systematisch in dreckige Säcke gezwängt und ihnen Essen und Schlaf entzogen werden. In der Isolationshaft werden Gefangene in schmerzhafter Weise gefesselt und auch häufig mit Schlägen über den ganzen Körper, auch in die Genitalien, traktiert. Immer wieder werden Gefangene in einen Raum gesperrt, der so eng und dunkel ist, daß sie ihn als „Sarg“ bezeichnen.

Die offiziellen Richtlinien, die 1987 im Bericht der Landau-Kommission niedergelegt wurden, erlauben diese Anwendung von „moderaten physischen Zwang“, um einen Gefangenen zu einem Geständnis zu bringen.

### „Terrorismus- bekämpfung“?

Die Kommission wurde eingesetzt, um die Methoden der Geheimpolizei Shabak bei der Befragung von „Terroristen“ zu untersuchen. Ein „Terrorist“ ist dabei nicht nur jemand, der bewaffnet Zivilpersonen oder Soldaten angreift, sondern auch eine Person, die „subversive politische Aktivitäten“ betreibt. Die Mitglieder palästinensischer Studentenorganisationen und Gewerkschafter können demnach als Terroristen eingestuft werden.

Wind ein solcher „Terrorist“ mit Foltermethoden zu einem Geständnis gezwungen, so sagen die Agenten des Geheimdienstes in der Regel vor Gericht als „Zeugen“ unter Bruch des Eides aus, daß das Geständnis freiwillig und nicht unter Zwang abgelegt wurde. Seit Beginn der Intifada 1987 sind 30.000 Palästinenser in den Militärgerichten

verurteilt worden, viele aufgrund solcher falscher Geständnisse.

### Der Fall Mahmud Masarwas

Ebenso geschah es im Fall Mahmud Masarwa. Das Geständnis, das durch Gewalt und Zermürbung erzwungen wurde und Grundlage für die Verurteilung zu zehn Jahren Haft ist, gilt bis heute als Staatsgeheimnis! Hier wurde kein Terrorist verurteilt, son-

dern ein Aktivist der Arbeiterbewegung mundot gemacht. Der „Sprangstoff“ sind die sozialistischen Ideen, die Mahmud vertritt, und sein Eintreten für einen gemeinsamen Kampf der arabischen und jüdischen Arbeiter. Die Kampagne für seine Befreiung wird von vielen Arbeiterorganisationen weltweit, aber auch z.B. von Amnesty International und dem Europaparlament unterstützt.

### Erster Erfolg im Berufungsverfahren

Im Vorfeld des Berufungsverfahrens, das am 8. August diesen Jahres begann, fanden in vielen Ländern Unterstützungskampagnen vor den israelischen

Botschaften und den Büros des Flugunternehmens El Al statt: in Südafrika, USA, Kanada, Norwegen, Schweden, Spanien, Frankreich, Italien und natürlich auch in Deutschland.

Das Verfahren wurde von einer internationalen Delegation besucht, bestehend aus Dave Nellist, Labour Party-Parlamentsabgeordneter aus England, Hans Coeren, schwedischer Abgeordneter und Rechtsanwalt, Jef Urburghs, früherer belgischer Europaparlamentarier, Ann Whelan von der Kampagne der Vier von Bridgewater und Paddy Hill von den „Birmingham Six“.

Diese „Sechs von Birmingham“ waren Opfer eines englischen Justizverbrechens geworden. Sie wurden als



Alltägliche Unterdrückung in den besetzten Gebieten.



## Nach den Wahlen

# „Modell Schweden“ – Begräbnis einer Illusion

Die Führung der schwedischen Sozialdemokratie hat es geschafft, das schlechteste Wahlergebnis seit 1928 zu verbuchen. Jetzt können die bürgerlichen Parteien – übrigens erst zum zweiten Mal in 60 Jahren – eine Regierung bilden.

Angriffe auf die Löhne bei einer Teuerungsrate von über 9%, Kürzungen und Privatisierung im öffentlichen Dienst, Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25% und Steuergeschenke an die Reichen, steigende Arbeitslosigkeit und dann noch Angriffe auf die demokratischen Rechte der Gewerkschaften – was bleibt da noch übrig vom weltberühmten „schwedischen Modell“, dem Wunschsystem Engföhns und Gotthaus?

Vor allem der profilose sozialdemokratische „Realpolitiker“ Carlsson verkörpert den Bankrott der Parteiführung. Seine Popularität ist seit 1986 von 60% auf 15% gesunken. Der Grund hierfür ist nicht so sehr sein Ruf, „das Charisma einer Schicksalschle“ zu besitzen, als vielmehr sein Versuch, die Regression zugunsten der Kapitalbesitzer auf Kosten der Arbeitnehmer zu bewältigen.

Die Sozialdemokraten kamen nur auf 38% der Stimmen, weil sie ihre traditionellen Anhänger – die Arbeiter, Rentner, und vor allem die Kollegen und Benutzer des öffentlichen Dienstes – im Stich gelassen hat. Arbeitslos

Spitzensteuersätze reduziert wurden, wurden die Mieten für Sozialwohnungen der Kommunen erhöht. Die Parteispritze befüllt jetzt sogar Privatisierung.

All das soll „modernes Denken“ darstellen. Doch viele Wähler waren von dem Ideologiewechsel der Sozialdemokraten verwirrt. Die Partei hat den „alten“ liberalen Glauben aufgegeben und ihn durch liberale Ideen ersetzt, die sie den Stammwählern nie erklärt hat“, (Financial Times 17.9.91). Aber trotz – oder eher wegen – dem „neuen Denken“ verlor Carlsson mehr Jungwähler als alle anderen. Die Illusion des „schwedischen Modells“ als irgendetwas fortschrittliches zwischen Kapitalismus und echtem Sozialismus ist wie eine Seifenblase geplatzt.

### Schwäche der Rechten

Die Ablehnung der Politik Carlssons bedeutet aber nicht Begeisterung für die bürgerlichen Parteien. Die Wähler haben den Rechtsparteien die absolute Mehrheit verweigert. Die bürgerliche Propaganda, die diesen Protest gegen die alte Regierung als „Europas letzten Kampf gegen den Sozialismus“ darstellt, liegt falsch. 1976 erreichten die drei bürgerlichen Parteien 50,8% der Stimmen, diesmal nur 39,9%. Selbst wenn eine vierte dazukommt, reicht das nicht aus, um eine Mehrheitsregie-

6,7% haben ihre Proteststimmen an die populistische „Neuen Demokratie“ verschenkt und damit beide Lager abgelehnt.

### Instabilität

Bürgerliche Journalisten spotten darüber, daß sich kaum etwas ändern wird, da die Politik der Sozialdemokraten und der Rechten sich so sehr gleichen. Doch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der breiten Unzufriedenheit mit allen Parteien sind härtere soziale Auseinandersetzungen vorprogrammiert. Die Vertreter der Reichen wollen ihre neue Macht nutzen, um diese noch reicher zu machen: Die Vermögens- und die Kapitalgewinnsteuern werden gesenkt oder gar abgeschafft. Aber was sind die Folgen? Entweder steigt das Haushaltsdefizit und damit die Inflation, oder es wird im sozialen Bereich und im öffentlichen Dienst noch rigoroser gekürzt. In beiden Fällen werden die Arbeitnehmer provoziert, durch ihre Gewerkschaften zu kämpfen.

Diese Koalition, eine Minderheitsregierung, ist schwach und instabil. Die letzte bürgerliche Regierung, 1976-82, scheiterte erbärmlich beim Versuch, eine harte Wirtschaftspolitik gegen die Arbeiter durchzusetzen. Ihre Politik führte zu einem Generalstreik, zu dem selbst von der konservativen Bürokrati-

offiziell aufgerufen wurde! Trotz des Jubels über die angebliche „Niederlage des Sozialismus in Schweden“ ist die Stimmung der Wirtschaftsbosse in Stockholm seit der Wahl ziemlich down. Wir können der Prognose der Süddeutschen Zeitung nur

## Internationale Notizen

### Iran

Krawalle und Brandstiftung waren die Reaktion auf Versuche, illegale Stumm-Siedlungen zu zerstören. Neue Wirtschaftsreformen treffen vor allem die Armen, so stiegen z.B. die Hühnerpreise um 1200%, nachdem Subventionen gekürzt worden waren. Eine fünfjährige Erhöhung der Basislöhne führte zu Protesten. Die Regierung selbst schätzt, daß die reichsten 20% der Bevölkerung fast die Hälfte des Reichtums besitzen, während 65% unter der Armutsgrenze leben.

### Niederlande

Massive Streikbewegungen erschütterten die christdemokratische sozialdemokratische „Große Koalition“ in den Niederlanden. Sie richten sich gegen von der Regierung geplanten massiven Kürzungen bei der Sozialversicherung und der Krankenfürsorge.

Während der Verlesung der „Thronrede“ (einer Erklärung der Regierungspolitik) durch Königin Beatrix gab es große Demonstrationen (30.000 in Rotterdam, 10-20.000 in Amsterdam). Dies soll nur der Auftakt zu einem „heißen Herbst“ gegen die Regierungspläne sein.

zusummen: „Auch wenn dieses Quartett die Mehrheit erlangt hätte, wäre Schweden unruhigen Zeiten entgegengegangen. Die jetzige Situation birgt erst recht Instabilität in sich.“ Brent Kennedy, Köln SPD-Mitglied

### Norwegen

Keine ruhigen Zeiten in Skandinavien: Bei den Kommunalwahlen in Norwegen stand die ansteigende Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt. Die Zentrumspartei und die Linksozialistische Partei erreichten je 12,1%, das ist ein Anstieg von 6,4 bzw. 5,3% im Vergleich zu den Wahlen 1987.

Die (sozialdemokratische) Arbeiterpartei verlor 5,5% und hatte mit 30,4% der Stimmen das schlechteste Wahlergebnis seit 1945.

### Frankreich

Seit Juni 1990 ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 10% auf 2,77 Millionen angestiegen. Erstmals seit 1986 hat die Zahl der Industriearbeitsplätze in zwei Jahren abgenommen. Und jetzt sieht noch eine Entlassungswelle mit dem Abbau jeweils mehrerer tausend Arbeitsplätze in einer ganzen Reihe von Großunternehmen bevor.

Unter den westlichen Industriestaaten ist Frankreich das Land mit der höchsten Arbeitslosenquote.

# Seite Zehn

# Leserbriefe

### Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und . . . .

#### Ein Leserbrief aus Spanien

Eine Lüge geht um in der Welt, die Lüge, der Klassenkampf sei vorbei. Alle Mächte des Kapitalismus haben sich zu einer heiligen Vertreibung der Lüge verbunden, der Papst und die Journalisten, Bush und Kohl, Großgrundbesitzer und Industrielle. Enthüllen wir diese Lüge anhand des Beispiels eines Landes: Gehen wir zum Süden Europas.

Die spanische Bourgeoisie ist nie eine der stärksten gewesen. Sie ist - im Vergleich zur europäischen - sehr schwach. Die spanische Bourgeoisie ist unfähig, die Wirtschaft zu verbessern. Sie bereitet sich auf den gemeinsamen Markt vor und will konkurrenzfähig sein. Die spanische Bourgeoisie hat nur einen Weg, diese Konkurrenzfähigkeit zu erreichen: durch bessere Ausbeutung der Arbeitnehmer.

Um den Forderungen der Kapitalisten entgegenzukommen, schlägt die sozialdemokratische Regierung den Gewerkschaften einen „Konkurrenzfähigkeitspakt“ vor. Dieser Vertrag möchte die Lohnhöckungen (der Arbeiter, nicht der Bankdirektoren) auf 5% reduzieren. Man sagt, alle müssen dazu beitragen, die Wirtschaft zu verbessern. Schöne Erklärung. Vor allem, da zwischen 1981 und 89 die Profite der Unternehmen um 855,1% stiegen und die Ausgaben (zu denen unsere Gehälter gehören) nur um 118,1%. Die Bourgeoisie wird versuchen, diesen Pakt durchzuzwingen - mit oder ohne Unterstützung der Gewerkschaften. Dies läßt Arbeiterkämpfe und Streiks vorhersehen, nicht nur für bessere Löhne,

sondern auch zur Sicherung des Arbeitsplatzes, da man schon jetzt mit Arbeitsplatzzerstörung angefangen hat.

Die sozialdemokratische Regierung weiß das, und deshalb ristet sie die Staatsmaschinen auf. Diese pro-kapitalistische Regierung möchte ein Streikrecht entwickeln. Dieses bedeutet die Einschränkung des Streikrechts und eine größere Freiheit zur Repression der Polizei. Die illegale Gewerkschaft in der „Guardia Civil“ (es sind dort keine Gewerkschaften erlaubt) berichtet, daß die Polizei eine Klassifizierung der Bür-

#### Ossi-Wessi-Roll!

Auch wir als neudeutsche Bundesrollen haben alle euphorischen Reden zur deutschen Einheit - die ja auch ihr Gutes hat - mit ihren vielversprechenden Untertönen gehört und sind nun enttäuscht, wenn wir alte Vergünstigungen wie z.B. Pflegegeld (klein, aber mein) und andere soziale Unterstützungen unter härteren Bedingungen erneut erkämpfen müssen. Was macht z.B. ein Schwerbehinderter, der sich eine gewisse Selbständigkeit erarbeitet hat, aber doch tagsüber (manchmal auch nachts) mehreren von anderen Hilfe benötigt, wenn ihn aufgrund dieser geringen Selbständigkeit ein geringes oder gar kein Pflegegeld gezahlt wird? Für eine Pflegestunde verlangt aber eine Station ca. 30,- DM (Sa., So., Feiertag 50,- DM). Viele von uns werden vielleicht auch keine Invalidenten bekommen und dann Sozialhilfe beantragen müssen. Wenn ich dann wei-

ger hat: Mitglieder der KP (die jetzt eine linkssozialdemokratische Politik verteidigt) haben eine rote Karteikarte, Leute, die weiter links stehen, eine rosa Karteikarte. Ich glaube, ich habe ein rosa Kartchen.

Der Staat reduziert auch die sozialen Ausgaben. Das Budget für 1992 soll nur um 2% erhöht werden, wobei jetzt schon die Inflation bei 6% steht. Diese Reduktion wird auf Kosten der Sozialausgaben gehen. Man spricht sogar davon, für die Nothilfe in den Krankenhäusern 10 DM zu verlangen.

All dies sind Angriffe auf unsere Klasse. Wir müssen in die Offensive gehen und die Regierung zu einer arbeitsfreundlichen Politik zwingen, falls nötig mit einem Generalstreik.

Mit revolutionären Grüßen,  
Oscar Munoz González, Madrid

tere Unterstützung, z.B. für Pflegegeld, erbitte, kann nach meinem Vermögen und dem der Familie gefragt werden. Das wäre ja nicht so problematisch, wenn wir Beamtengehälter oder noch höhere Bezüge erhielten. Aber unsere Ersparnisse wären unter diesen Bedingungen sicher nach einem Jahr verbraucht; dann beginnt die Bettelei erneut. Und wie sieht das z.B. in Berlin mit unseren Taxi-Gutscheinen aus? Die sollen irgendwann wegfallen und das Telefonsystem auf uns übertragen werden. Und man hört, die West-Rollen sollen ihre Freiheiten brüderlich mit uns teilen. Auch wenn diese Freiheiten relativ zahlreich sind, versteht man doch ihren Protest, wenn man erfährt, sie müssen diese Freiheiten auch für Arztbesuche oder zur Therapie nutzen. Da fällt es doch schon schwerer zu teilen als jemandem mit einem Ministerehalt.

Margot Liesk, Rollstuhlfahrerin aus Berlin, Prenzlauer Berg

## ih'r da oben

### „Nicht haftfähig“

In einer zunehmenden Zahl von Bescheiden an Sinti und Roma, die unter der Nazi-Herrschaft verfolgt wurden, erklärt das Finanzministerium (verantwortlich Minister Wajgel, CSU) Haft, Folter und Zwangsarbeit in Konzentrationslagern für „nicht einschädigungswürdig“.

In einigen Bescheiden wurden regelrechte Vernichtungslager beschrieben als „Anfanglager“ bezeichnet. Als Grundlage für die Ablehnungsbescheide wurden zum Teil Kleiner Akten aus den 50er und 60er Jahren hervorgebracht, in denen Falschaussagen von ehemaligen KZ-Wachleuten für die Beurteilung herangezogen wurden. Das liest sich dann zum Beispiel so: KZs seien „für Zigeuner nicht haftfähig“ gewesen, weil sie „es in der Regel vorziehen,



sippenweise in Lagern zu wohnen“.

Einem 70jährigen Sinto wurde beschieden, daß die Haft im „Anfanglager Belzec“ keinen Grund für eine Entschädigung darstelle. „Hinweise auf einen Freiheitsentzug ... liegen nicht vor.“ Er leidet noch heute unter schweren Gesundheitsschäden als Folge der Behandlung im KZ Belzec und hätte Anspruch auf eine besondere Beihilfe von 300 bis 800 Mark monatlich. (Frankfurter Rundschau, 19.8.91)

### Klassenjustiz mal umgekehrt

In den USA (Bundesstaat Michigan) ist ein skrupelloser Immobilienhändler dazu verurteilt worden, einen Monat lang in einer seiner Wohnungen zu leben, in denen er Wasser und Heizung abgestellt hatte. Die vorher bereits erfolgten acht Verurteilungen haben anscheinend nichts bewirkt. Sie haben Dutzende Menschen, darunter viele Kinder, dazu verurteilt, unter fürchterlichen Lebensumständen zu leben, so die Urteilsbegründung.

## wir hier unten



Er muß ein elektronisches Kontrollgerät tragen, um zu verhindern, daß er sein Appartement verläßt.

Ein neuer Trend in der Rechtsprechung? Eher ist das wohl die Ausnahme als Bestätigung der Regel, daß man die kleinen Verbrecher fängt und die großen laufen läßt.

### Lug & Trug in der Hochfinanz

Eine ganze Reihe von Skandalen im internationalen Bankwesen werden derzeit aufgedeckt. Ausnahme oder Regel? Dazu endlich mal ein ehrliches Wort: „Wenn wir jedesmal dann eine Bank geschlossen hätten, wenn es zu Betrug gekommen ist, hätten wir ziemlich wenige Banken.“ Diese Worte stammen von einem, der es wissen muß: dem Direktor der Bank von England.

# Jetzt schnell bestellen!

Bestellungen bitte gegen Vorkasse zuzüglich 2,- DM Porto und Verpackung an die Redaktion (kann in Briefmarken beigelegt werden).

## Lenins Kampf gegen den Stalinismus

Letzte Briefe und Aufzeichnungen Lenins. Die Einleitung von Alan Woods zeigt, wie die Wurzeln der Stalinisierung für Lenin erkennbar wurden und wie er dagegen zu kämpfen begann. Format A5, 40 Seiten, 3,- DM.

## Internationale Imperialismus

Die deutsche Wiederbewaffnung nach dem 2. Weltkrieg wird aus der Sicht britischer Sozialisten analysiert. Die Diskussionen um die Rolle der Bundeswehr nach diesen diese Broschüre sehr aktuell. Format A5, 28 Seiten, 2,50 DM.

## Marxistische Hefte Nr. 2

Themen: Jugoslawien, PDS (PCD) in Italien, KP Australien, Sowjetunion, Trozki-Rede zu Volksfront Frankreich 1936. Format A4, 28 Seiten, 3,50 DM.

## Anti-Nazi-T-Shirts

Mit Aufdruck „Gebt Nazis keine Chance“ in den Größen M, L und XL. 15,- DM (+ 4,- Versandkosten bei Einzelbestellung)

# Kampffonds keine Geschenke an Daimler!

Statt die Marktwirtschaft zu bekämpfen hat die SPD das Programm, sie „sozial“ zu gestalten. Wie sich das auf uns auswirkt, kann man an den Kürzungsprogrammen der Kommunen bereits feststellen. Wie sich das auf die Unternehmer auswirkt, sieht man beispielsweise am Verkauf des Geländes am Potsdamer Platz in Berlin. Der CDU/SPD-geführte Senat verlangte von Daimler-Benz 47 Millionen DM weniger, als nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erzielen gewesen wäre.

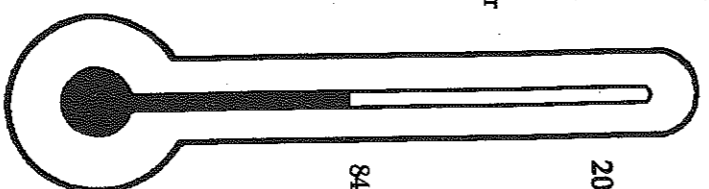
So großzügige Unterstützung erhält unsere Redaktion leider nicht. Wir sind auf Eure Sammlungen zugunsten des Kampffonds angewiesen. Für das 3. Quartal sind bis zum 25. September 1991 erst 8412,31 DM eingetroffen. Jakob und Susanne Meindorf aus Köln haben z.B. 200,- DM gespendet. Ein Kampffonds-Essen in Münster/Odenwald brachte 55,- DM ein. VORAN-Unterstützer aus Aachen sammelten Einzelspenden von über 400,- DM.

**Ziel**  
3. Quartal  
Juli,  
August,  
September

20.000,-  
8412,31

Stand:  
25.9.1991

Spendenkonto:  
VORAN, Postgiroamt Essen  
BLZ 360 100 43  
Kto.-Nr. 2500 59-430



Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM  
VORAN weiterverkaufen und bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare  
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)  
ein VORAN-Förderabo zu DM \_\_\_\_\_ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

# Aus Betrieb und Gewerkschaft

## 1956: Kampf für Lohnfortzahlung

# Der längste Streik

Mit platten Sprüchen wie „Blumachen ist Kameradendiebstahl“ forderte der Präsident der Deutschen Industrie (BDI), Heinrich Weiss, die Wiedereinführung von Karenztagen im Krankheitsfall. Hermann Otto Solms, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, sieht die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft schwerwiegend berührt und fordert zu Denkanstößen auf.

Die unterschiedlichsten Modelle gehen dann von steuerfreien Prämien in Höhe von 100,- DM für Arbeitnehmer, die sich nicht während des Monats krankmelden (Wilfried Pinger, Unions-Mittelstandspolitiker), über Schlafmodelle für Lohnkürzungen bis zum generellen Lohnverlust.

### Krankenstand noch nie so niedrig

Laut Bundesministerin Hasselfeld lag der Krankenstand im letzten Jahr bei 5,2% - womit er noch nie so niedrig war. 1970 mußten die Unternehmer für krankgemeldete Beschäftigte 4,1% der Bruttolohn- und Gehaltssumme aufwenden, 1990 nur noch 3,2%.

Laut ICG Metall hat die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände ein Eigenor geschossen. Nach einer Studie der evangelischen Kirche müssen in Westdeutschland - 6,2 Millionen Männer und Frauen fast immer oder häufig unter Lärmbedingungen arbeiten, - 4,8 Mio. bei Hitze, Kälte oder Nässe schuftend.

- 3,1 Mio. bei der Arbeit knien, hocken oder sogar liegen. Jeder zweite Arbeiter muß regelmäßig drei dieser harten Arbeitsbedingungen gleichzeitig erdul-



Arbeitnehmer berufsbedingt erkrankten und über 100.000 an einer Berufskrankheit sterben.

### Der längste Streik

Mit dem längsten Streik der Nachkriegsgeschichte (114 Tage) beseitigten gut 34.000 schleswig-holsteinische Metallarbeiter vor 35 Jahren einen Hauptpunkt der Spaltung zwischen Arbeitern

und Angestellten. Während ein Angestellter sein Gehalt im Krankheitsfall weiterhin bekam, erhielt der Arbeiter drei Tage lang überhaupt nichts. Danach zahlte die Krankenkasse 50% des Lohnes. Schon während der Vorverhandlungen zwischen den Tarifpartnern führten die Medien eine Propagandaoffensive und malten die Gefahr einer illegalen Arbeitszeitverkürzung an die Wand. Das verstärkte sich noch während des Streiks.

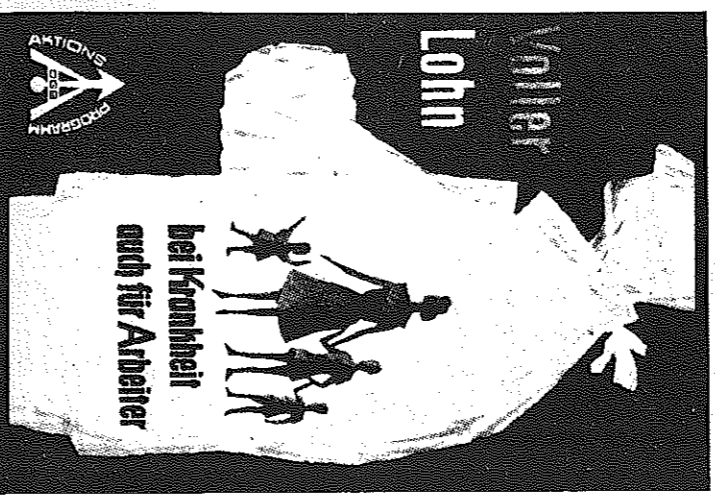
In einer Urabstimmung der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein am 10. und 11. Oktober 1956 entschieden sich 88% der Kollegen für den Arbeitskampf, obwohl die Unternehmer ihre „lieben Mitarbeiter“ massiv unter Druck setzten. Es war das erste Mal in der Geschichte der BRD, daß ein Arbeitskampf nicht nur für Lohnerhöhungen und Verbesserungen von Lebensbedingungen geführt werden sollte.

Am 24. Oktober 1956 wurde mit Schwerepunkstreiks begonnen. An der Förde legten alleine 11.500 Werftarbeiter der Howaldtswerke vom ersten Tag an die Arbeit nieder. Auch in anderen Städten bildeten die Schiffbauer das Rückgrat des Streiks. Gleich nach Streikbeginn verteilte der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Lenke (CDU) an alle Polizeidienststellen des Landes eine Dienstankündigung, in der die Streikposten als „Terroristen“ bezeichnet wurden. Die Presse, schon zu jener Zeit im Land zwischen Nord- und Ostsee eine erzkonservative Bastion, tat das ihre, um Stimmung gegen den Streik und die Forderungen der Metalller zu machen.

Die täglich erscheinenden Streiknachrichten wurden das wichtigste Gegenmittel zu dieser Hetze. Bis Ende des Arbeitskampfes am 14. Februar 1957 erschienen insgesamt 80 Ausgaben der Streiknachrichten. Neben der Zeitung gab es eine Reihe von anderen Sympathiewerbemaßnahmen: eine Streik-Revue, über 40 Weihnachtstelegramme mit je 1000 Teilnehmern, Kinnderveranstaltungen, Hausfrauenbroschüre, Varieté, Kabarett und Kinovorführungen.

Nach und nach kippte die Stimmung in der Öffentlichkeit um, und je mehr die Arbeitskämpfe erlitten, desto größer wurde ihre Sympathie. Mit zunehmender Streikdauer wuchs der Kampfwillen bei den Metallern. Als eine Schlichtungsstelle am 31. Dezember 1956 gegen die Stimmen der ICG-Metall-Vertreter einen Einigungsvorschlag vorlegte, lehnten ihn die Streikenden dann auch mit 97% ab.

Der Streik wurde nochmal verstärkt, so daß am 11. Januar 34.068 schleswig-holsteinische Metalller im Streik waren.



# EG Binnenmarkt - auf unsere Kosten

Im letzten Jahr schlugen die Wellen hoch, als die beiden deutschen Staaten sich vereinigten. Aber daß die Vereinigung der beiden Staaten nicht problemlos ist, zeigte sich schon recht bald. Darüber hat man schnell vergessen, daß den westeuropäischen Konzernen und ihren Regierungen eine noch größere „Bewährungsprobe“ ins Haus steht: die Vereinigung von zwölf westlichen Industriestaten zum „Europäischen Binnenmarkt“ am 1. Januar 1993.

Die Folgen sind schon jetzt abzusehen: Höhere Steuern und sonstige Abgaben werden die Arbeitnehmer noch stärker belasten als die „Wiedervereinigung“ bis heute. Aber die Europäisierung der Konzerne wird auch zu einem dramatischen Arbeitsplatzabbau in ganz Europa führen. Nicht nur in den großen Konzernen wird rationalisiert, auch viele kleine Betriebe, die bisher von der Nichtexistenz des europäischen Binnenmarktes gelebt haben, werden ihre Arbeiter und Angestellten

auf die Straße schicken.

Ich arbeite in einer Spedition in Aachen, die in der Hauptsache von Grenzver Zollungen existiert. Insgesamt gibt es bei uns 35 Beschäftigte und zwei Auszubildende. Im Dezember letzten Jahres versuchte die Geschäftsleitung, sich über Abfindungsverträge mit ihren Mitarbeitern für die Zeit nach 1992 zu arrangieren. Die Geschäftsleitung bot in diesen Verträgen den Arbeitnehmern zwischen drei und acht Monatsgehältern Abfindung an, wenn sie bis zum Ende weiterarbeiten würden. Diese Verträge bekamen alle, auch wenn sie schon mehr als 25 Jahre in der Firma arbeiteten. Wer seine Unterschrift unter den Vertrag gesetzt hätte, hätte sich selbst gekündigt, d.h. auch bei einer Nichtschließung der Firma wäre man gekündigt gewesen. Desweiteren hätte man eine Sperre bei der Zahlung von Arbeitslosengeld am Hals gehabt. Der Geschäftsleitung wäre mit diesen Verträgen erspart geblieben, eine Meldung ans Arbeitsamt zu machen, daß die

Mehrheit ihrer Mitarbeiter auf der Straße gestanden hätte. Alles in allem versuchte die Geschäftsleitung, sich ihrer Mitarbeiter auf die einfachste Art und Weise zu entledigen.

Doch diese Methode zog bei den Kollegen nicht. Nachdem wir uns mit der Gewerkschaft in Verbindung gesetzt hatten, luden wir zu einer Belegschaftsversammlung ein. Dazu benötigte man drei Unterschriften aus der gesamten Belegschaft. Wir erhielten 31. (Nicht unterschrieben hatten die Mitarbeiter, die in Urlaub waren und die Frau des Produktions) An der Versammlung nahmen fast 100% der Mit-

Seit Monaten erregen die Protestaktionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst landesweit Aufmerksamkeit. Das ist auch gut so. Es ist schon eine riesen große Schweinerei, daß Leute, die die schon 20 oder 30 Jahre mit großer Hingabe im Beruf gearbeitet haben, nun als Neuanfänger eingestuft werden.

Doch damit nicht genug. Ab dem 35. Lebensjahr wird jedes weitere Lebensjahr „halbiert“, so daß man dann nicht einmal die reale Lebensaltersstufe bezahlt bekommt. Daß so ein Tarifvertrag überhaupt unterschrieben wird, zeigt, wie wenig die Gewerkschaftsführung weiß, was an der Basis los ist.

Wegen der irreführenden Berichterstattung in den Medien glauben viele, der Tarifvertrag wäre für uns eine Verbesserung. Doch dem ist nicht so. Wegen der Angleichung an 60% der Westgehälter sinkt bei den meisten das Grundgehalt. Die allgemeinen Zulagen und der Ortszuschlag gleichen das Ganze gerade so aus, daß man - mit viel Glück - auf dasselbe Geld kommt

# ÖTV-Tarifverhandlungen für Ostdeutschland Wir wollen 100 Prozent!

arbeiter teil. Dort wurde der Beschluß gefaßt, einen Betriebsrat zu gründen. Denn nur mit einem Betriebsrat ist es möglich, einen Sozialplan zu erarbeiten, der allen Beschäftigten eine größtmögliche Sicherheit bei der Auflösung der Firma bietet.

Das Entlassungsdatum ist für viele Arbeitnehmer heute schon bekannt. Doch was soll der einzelne Kollege machen, der jahrelang als Steuerfachmann ausgebildet wurde, ein gutes Gehalt bezog, und jetzt auf die Straße gesetzt werden soll? Der Kollege, der einen neuen Job findet und kündigt, wird nicht ersetzt, weil kein normaler

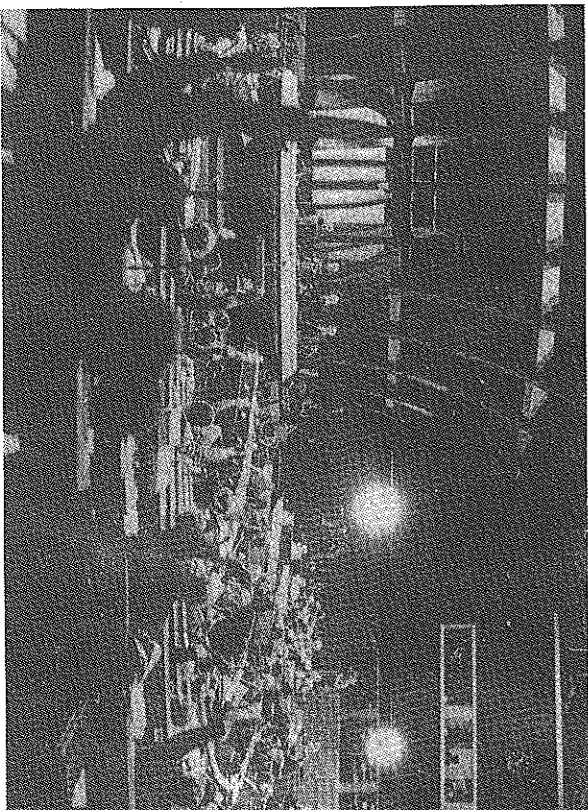
wie vorher. Im Pflegebereich werden nach dem neuen Tarifrecht die Spätdienste nicht mehr bezahlt. Diese Reform wurde während der Revolution 1989/90 erkämpft. Die Höhe der neuen Gehälter wurde bewußt von den jeweiligen Leitungen verschwiegen. Erst im Juli konnte nichts mehr verheimlicht werden und die Wut über den offensichtlich Betrug seitens der Gewerkschaftsführung wurde sehr groß. Das war dann auch der Auslöser für die Proteste. Aber bis jetzt haben sie nur bewirkt, daß die Verhandlungen wieder ausgenommen bzw. ohne Ergebnis verschoben wurden. Hier diskutiert man über Sachen, wo es eigentlich gar nichts zu diskutieren gibt. Die Arbeitsministerin von Schleswig-Holstein, rückt keinen Millimeter von ihren Positionen ab.

Entscheidend für die Wirksamkeit der Kämpfe ist, daß die Arbeiter in Westdeutschland mit uns zusammen kämpfen. Dort ist auch nicht alles Gold was glänzt. Die Gewerkschaften und

Mensch eine Arbeitsstelle antritt, die schon moogen wegrationalisiert wird. Das hat zur Folge, daß für die übrigen Kollegen immer mehr Arbeit bei immer größerem Arbeitsstempo übrigbleibt. Die Krankheitsrate ist dadurch nach oben geschneilt, und die „gesunden“ Kollegen haben immer mehr Arbeit zu leisten, bis auch sie unter dem Streik zusammenbrechen und krank werden.

Mehr Arbeit, weniger Geld (durch die Steuererhöhungen etc.) - diesen Druck ist auf Dauer keiner gewachsen. Matthias Bürschgens, Aachen ÖTV-Mitglied und Betriebsratsvorsitzender

auch die SPD müssen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit - also 100 Prozent - eintreten, nicht erst in zehn Jahren, sondern ab sofort. Die Mieters, Verkäuferstarife und Energiekosten sind schließlich auch schon erhöht worden. Um die 100% zu erreichen, müssen härtere Kampfmaßnahmen, wie 24-Stundenstreiks, Besetzungen von Bezirkenämtern und Rathäusern über die Gewerkschaften organisiert werden. Wir müssen für jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit von allen Funktionen eintreten. Keiner von ihnen darf mehr als den durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen. Nur so kann verhindert werden, daß Leute aus Karrieregründen irgendwelche Posten einnehmen. Wir brauchen keine Kürzungen im öffentlichen Dienst. Hier wird an der falschen Stelle gespart. Stattdessen: Ausbau und Investitionen entsprechend dem Bedarf, und der ist hoch. Die Gewinne von Konzernen und Banken kann man dafür gut einsetzen. Stefan Zaffl, ÖTV-Mitglied Berlin-Weißensee



Europa-Parlament

# VORAN

Nr. 134 - Oktober 1991

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2 - DM

## Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschafter

**Tatort Frankfurt/Main: Am frühen Freitag nachmittag bildet sich vor dem Verlags- haus der Frankfurter Rundschau eine Menschenglange. Frauen und Männer, Ältere und Jüngere warten hier auf die Wochenendausgabe der Zeitung mit dem größten teeregionalen Anzeigenteil zum Wohnungsmarkt. Alle Telefonzellen in der Nähe werden von Freunden oder Angehörigen der Wartenden blockiert, damit man nur ja der Erste ist, der beim inserierten Vermieter oder Makler anruft.**

Doch der Blick in die Zeitung bringt erstmal Ernüchterung. „Das ist ja Wahner!“, ist der meistgehörte Satz vor dem Verlagshaus. In Frankfurt liegen die Preise für Neuvermietungen über 30 DM pro Quadratmeter, und für 20-m<sup>2</sup>-Apartments wurde die 1000-DM-Grenze längst überschritten. Die 1985 festgelegte Bemessungsgrenze, bei der ein Mieter Anspruch auf öffentlichen Zuzuschuss erwarten kann, liegt bei 21.600 DM im Jahr. Aber bezahlte Facharbeiter und etwas besser bezahlte Angestellte und Familien verdienen längst „zu viel“, um darunter zu fallen. Allerdings auch zu wenig, um die explodierenden Mieten bezahlen zu können. Nicht selten müssen 40 oder 50 Prozent oder gar noch mehr des Nettoeinkommens fürs Wohnen ausgegeben werden. Die Unfähigkeit, so hohe Wohnungsverlust oder sogar Obdachlosigkeit. Betroffen sind vor allem kinderreiche Familien, Ausländer und „sozial Schwache“. Nach offiziellen Schätzungen gibt es bereits mindestens eine Million Obdachlose und Heimtunassen, und ein Drittel der Bevölkerung hat

frei finanzierten Neubau beträgt 30-35 DM pro m<sup>2</sup> und Monat und ist für die Privatnutzung damit zu teuer. Aber nach Abzug aller Vergünstigungen, die Gewerbetreibende genießen, kostet ein m<sup>2</sup> Büro nur noch die Hälfte.

### Weniger Wohnungen - höhere Mieten

So wundert es nicht, daß in Westdeutschland zur Zeit jährlich etwa 150.000 Wohnungen durch Brunnwandlungen bzw. Abbruch verloren gehen. Seit 1985 überstieg außerdem der Zuwachs privater Haushalte die Zahl der fertiggestellten Wohnungen. 1987-89 kamen ca. eine Million Privathaushalte neu hinzu, während nur 500.000 Wohnungen neu erstellt wurden. Mittlerweise fehlen laut Deutschen Mieterbund bundesweit 2,5 Millionen Wohnungen. Dabei zeigte sich schon in den 80er Jahren der Trend zum 1-Personer-Haushalt insbesondere in Großstädten, wo sie Anfang der 90er Jahre die Hälfte aller Privathaushalte stellen. Die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre beziehen jetzt eigene Wohnungen.

## Wohnungsnot

# Stoppt die Spekulantentum

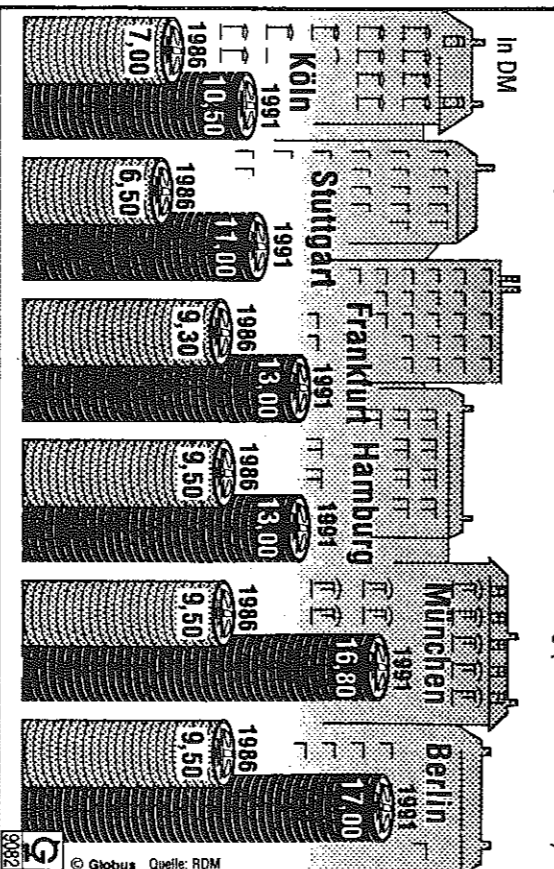
Herbst wird eine Vertiefung der Mieten erwartet. Von 1989 auf 1990 ging die Zahl der fertiggestellten Wohnungen um 14 Prozent zurück. Die Anzahl von Sozialwohnungen sank von 5,2 Millionen 1987 auf 4,6 Millionen 1989. Bis zum Jahr 2000 verlieren 1,7 Millionen Sozialwohnungen die Mietpreisbindungen, dh. haben die Funktion einer günstigen Sozialwohnung verloren.

stiert der Staat ganze 5% des Wohnungsbauetats in Wohnungsgeld. So ist in einem der reichsten Länder der Erde die Gesellschaft unfähig, dieses Problem zu lösen.

### Regierung tatenlos

Was haben die Politiker aus der Vergangenheit gelernt? Wie wollen sie die Misere lösen? Mitte 1990 wurde ein gemeinsamer Vorschlag von Ministern

## Mieten-Explosion in den Ballungsräumen



In der Bundesrepublik besitzen rund 20 Prozent der Bevölkerung 80% des Bodens, darunter Großgrundbesitzer wie Flick, Thurn und Taxis (über 340 Mio. m<sup>2</sup>), Graf von Stauffenberg (500 Mio. m<sup>2</sup>) und die Preiherrn von und zu Gutenberg (100 Mio. m<sup>2</sup>), um nur einige Beispiele zu nennen. Das Eigentum an Grund und Boden besichert seinen Besitzern bundesweit jedes Jahr einen Vermögenszuwachs von 100 Milliarden DM, wofür sie nichts zu tun brauchen, als abzuwarten.

Erwerber und Bauherren einer selbstgenutzten Immobilie dürfen acht Jahre lang 5% von maximal 300.000 DM Anschaffungskosten von ihnen zu versteuernden Einkommen abziehen. Die vertriebspolitische Konsequenz: reiche Bürger mit einem Steuersatz von 50 Prozent sparen jährlich 7500,- DM. Beträgt der Steuersatz 30%, so gewährt der Fiskus hingegen nur 4500 DM Nachlaß.

## Wir fordern:

- Stärkung der Mieterrechte. Weg mit den Staftmietern und allen Mietrechtsverschlechterungen nach 1982.
- Den SPD-Märktbeschluf von 1973 umsetzen: Maklerverbot und kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung, wie sie z.B. 1974-77 in Wiesbaden bestanden hat.
- Sofortigen Mietpreisstopp.
- Beschlagnahme aller aus spekulativen Gründen leerstehenden Wohnungen und Vermittlung an Wohnungssuchende.
- Stopp der Umwandlung von Mietwohnungen in gewerbliche Räume oder Eigentumswohnungen.
- Billiger Wohnraum für alle durch ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus.
- Überführung von Grund und Boden in Baugebieten in Gemeineigentum; Enteignung von Spekulanten und Großgrundbesitzern.

## Wer verdient alles am Bau mit?

1. Die Grundbesitzer, die ihre Grundstücke - bebaut oder unbebaut - als Kapitalanlage ansehen und sie mit Super-Profiten wieder verkaufen.
2. Die Immobilienmakler, die durch ihre Vermittlungsprovisionen an Grundstücks-, Haus- und Eigentumswohnungsverkäufen mitverdienen.
3. Die privaten Wohnungsbaugesellschaften, denen es aus Gründen des höheren Gewinns natürlich weniger auf guten Wohnraum ankommt als vielmehr darauf, möglichst viele Wohneinheiten auf möglichst geringem Raum unterzubringen.
4. Die Baufirmen, die natürlich auch ihre Gewinnsparnen haben.
5. Die Banken, die sich an den Zinsen für Baudarlehen, ohne die niemand auskommt, eine goldene

6. Die Versicherungen, die im Westen 70-80 Prozent des Wohnungsmarktes beherrschen und in der Vergangenheit die wichtigsten Investoren im Wohnungsbau waren. Auch sie investieren dort nur, wenn sie eine „angemessene“ Rendite für ihre Kapitalanlage erwarten. Liegt die Rendite also zu niedrig, so legen die Versicherungen ihre Gelder anderweitig an, womit ein wichtiger Investor entfällt.
7. Die Wohnungsmakler, die für die Vermittlung einer Wohnung 2-3 Wohnungsmieten kassieren und vor allem bei Wohnungsknappheit wie Pilze aus dem Boden schießen, weil sie gute Geschäfte wittern. Sie alle sind nicht an billigen und guten Wohnungen für alle Menschen interessiert, sondern einzig und allein am schnellen Profit.

keine Chance, in der Stadt wohnen zu bleiben.

Die Ursachen liegen auf der Hand: In den Ballungsgebieten haben die Grundstückskosten bis zu 50 Prozent der Gesamtstellungskosten einer Wohnung erreicht. Wohnungsbau ist damit in diesem System unbezahlbar geworden. Die reale Kostenmiete für

Im Osten nahm 1989 der Wohnungsbau gegenüber dem Vorjahr um rund ein Drittel ab, während der volkswirtschaftliche Plan eine Steigerung von 2,1% vorgesehen hatte. Ende 1989 wurden in der damaligen DDR 800.000 Wohnungen gesucht. Seit dem 1.1.91 wurden im Osten die Mieten verdoppelt, und für diesen